Einzelpreis 40 Pfg. · 4. Jahrgang

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Sonnabend, 1. Oktober 1921

Nummer 459 · Morgen-Ausgabe

Die [illegible] Nonpareille-Zeile oder deren Raum kostet 6.— M. [illegible] Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das [illegible] Wort 1.— M. [illegible] Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. [illegible] Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. [illegible] in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 32

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

27/22

Der Erzbergermord — ein Irrtum

Die unschuldigen Deutschnationalen — Dittmanns Abrechnung — Wirth gegen Hergt

Der deutsche Reichstag zeigt immer wieder als seine besondere Eigenschaft, daß er politischen Entscheidungen ausweicht und sich dafür lieber rückschauenden Betrachtungen hingibt. Auch dieses Mal wiederholte sich dieser Vorgang. Als der Kampf gegen die nationalistische Reaktion auf seinen Höhepunkt stand, da hatte sich das Parlament selbst ausgeschaltet. Die Entwicklung ist nunmehr zu einem gewissen Abschluß gekommen. Der Görlitzer Beschluß der rechtssozialistischen Partei hat es vorläufig verhindert, daß die Bewegung der Arbeiterschaft die Erfolge ergab, die ihrem Stärkegrade entsprochen hätten. Wie die Dinge sich in der nächsten Zukunft gestalten werden, liegt noch im Ungewissen. So war es erklärlich, daß die gestrige Debatte im Reichstag einen vornehmlich parteipolitischen Charakter trug und in einer gründlichen Abrechnung mit den reaktionärsten aller Parteien, mit den Deutschnationalen gipfelte.

Der Redner der deutschnationalen Fraktion, Herr Dr. Hergt, spielte sich als das Unschuldslamm auf. Die Deutschnationalen sollen etwas gegen die Verfassung der Republik haben? I wo, erklärte der deutschnationale Parteiführer, wir stehen völlig auf verfassungsmäßigem Boden. Die Deutschnationalen sollen zur Ermordung von politischen Gegnern aufgefordert haben? Ach nein, so hörte man, das waren nicht wir, sondern die Leute von „ultra rechts". Die Deutschnationalen sollen die einzelnen Teile der Bevölkerung gegeneinander aufgeputscht haben? Aber woher denn, so erzählte Hergt, wir waren noch immer die Partei der Versöhnungspolitik. Und so kam er schließlich zu dem Ergebnis, daß mit dem „Irrtum der letzten fünf Wochen" endlich Schluß gemacht werden müsse, damit die Basis für eine gemeinsame Arbeit gefunden werden könne.

Es war begreiflich, daß die Rede mit allgemeiner Heiterkeit aufgenommen wurde. Herr Hergt hatte einmal von Fechterkunststücken des Reichskanzlers gesprochen. Die deutschnationale Rede ist aber doch sehr gelinde gekennzeichnet, wenn man sie eine Aneinanderreihung von Klopffechterkunststücken nennt.

Unser Genosse Dittmann, der die Anträge der unabhängigen Fraktion begründete, stellte das bei Beginn seiner Rede fest. Er zeigte an zahlreichen Einzelheiten aus der früheren wie aus der jüngsten Vergangenheit, wie es in Wahrheit um die Harmlosigkeit der Deutschnationalen bestellt ist. Es nütze ihnen nichts, wenn sie jetzt ihre Hände in Unschuld waschen. Die deutschnationale Partei sei verantwortlich für die schlimmste Erscheinung auf dem politischen Gebiet, für den politischen Meuchelmord, der deutschnationalen Hetze müsse die intellektuelle Urheberschaft auch für die Ermordung Erzbergers zugeschrieben werden. Dittmann führte dafür eine Fülle von Beweisen an. Es genüge aber nicht, die deutschnationale Partei zu bekämpfen, sondern es müsse mit der Reaktion auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Schluß gemacht werden. Wie das zu geschehen hat, das zeige der von der unabhängigen Fraktion eingebrachte Gesetzentwurf zur Republikanisierung der Verwaltung und der Justiz. Jeder Versuch, so schloß Dittmann seine vortreffliche Rede, das frühere Regime wieder aufzurichten, wird an dem geschlossenen Widerstand, an der Einigkeit der Arbeiterklasse scheitern.

Der Reichskanzler befand sich insofern in einer ungünstigen Situation, als er sich damit begnügen mußte, die moralische Hinrichtung der deutschnationalen Partei zum Abschluß zu bringen. Durch den Koalitionsbeschluß des Görlitzer Parteitages ist seiner bisherigen Politik das Rückgrat gebrochen und er mußte sich deshalb versagen, ein Programm für die nächste Zukunft aufzustellen. Denn wer will heute voraussagen, wie sich das Schicksal des jetzigen Reichskanzlers gestalten wird, wenn erst nach dem Willen der rechtssozialistischen Parteiführer die Stinnesleute in die Regierungskoalition aufgenommen sind. Innerhalb der ihm so gesteckten Grenzen führte er gegen die deutschnationalen Schädlinge eine scharfe Klinge. Besonderen Eindruck machte die Feststellung, daß Herr Hergt eine von ihm selbst nachgesuchte vertrauliche Besprechung mit dem Reichskanzler zu einem hinterhältigen Angriff auf ihn ausnutze. Der Versuch eines parlamentarischen Meuchelmordes ist dem deutschnationalen Parteiführer nicht geglückt. Herr Dr. Wirth zahlte ihm zwar nicht mit gleicher Münze heim, aber seine Abrechnung war so gründlich und so deutlich, daß die politische Laufbahn des Herrn Dr. Hergt von dieser Stunde ab eigentlich beendet sein müßte. Dieser Mann ist jedoch an der eigenen Lächerlichkeit nicht zugrunde gegangen, ihm wird deshalb auch die Schamlosigkeit seines Handelns keinen Abbruch tun.

Von ehrlichem demokratischen Willen zeugte die Verteidigung der Maßnahmen der Regierung gegen die Reaktion. Die große Bewegung vom 31. August müsse aus der psychologischen Stimmung der Massen heraus verstanden werden. Glaube die Rechte, daß eine zweite revolutionäre Bewegung ebenso ausgehen werde wie die erste? Wo ist an diesem Tage auch nur eine einzige Gewalttat geschehen? Gegen die Verbreitung nationalistischer oder kommunistischer Ideen werde die Regierung nicht einschreiten, aber sie werde jeden Appell an die Gewalt mit wirksamen Mitteln bekämpfen. Diesem Zwecke sollen die Vorlagen zum Schutze der Republik dienen, die in den nächsten Tagen den gesetzgebenden Körperschaften zur Beratung unterbreitet werden.

Der Reichskanzler machte dann noch einige Mitteilungen über die nationalistischen Geheimorganisationen, von deren Bestehen die Oeffentlichkeit vor einigen Tagen bereits durch die badische Regierung unterrichtet worden ist. Die schlimmsten Herde dieser Verschwörerbanden befinden sich in Schlesien und in Bayern. Es solle der Versuch unternommen werden, einen neuen Kapp-Putsch zu beginnen. Die Regierung sei über die Pläne genau unterrichtet, sie habe Vorsorge dafür getroffen, daß ihre Durchführung verhindert und die führenden Personen dingfest gemacht werden würden. Hoffentlich macht die Justiz der Reichsregierung keinen Strich durch ihre Rechnung. Noch laufen ja die Hauptbeteiligten vom Märzputsch unbehelligt herum, und das Verfahren gegen Herrn von Jagow soll zwar jetzt endlich durchgeführt werden, aber der Mann erfreut sich noch heute der goldenen Freiheit und irgendein märkisches Gut gewährt ihm eine sichere Unterkunft.

Die Rede des Herrn Dr. Wirth war zwar gegen die deutschnationale Partei gerichtet, aber sie traf ebenso die Politik ihrer Nachbarin zur Linken, der Deutschen Volkspartei. Denn wenn deren Ausdrucksformen auch nicht den gleichen Charakter tragen, so verfolgt sie im Grunde genommen das gleiche Ziel, die Wiederherstellung des alten Regimes, verstärkt durch die besondere Begünstigung des Besitzes. Man mußte sich unwillkürlich fragen, ob eine Koalition, die die Stinnespartei zu ihren Mitgliedern zählt, dem Reichskanzler gestattet hätte, einen so scharfen Ton gegen die Reaktion anzuschlagen. Dieses Gefühl hatte wohl auch Abgeordneter Scheidemann als Redner der Rechtssozialisten. Bei allem rhetorischen Geschick klang aus seinen Ausführungen die Unsicherheit und die Zwiespältigkeit der Lage heraus, in die sich die rechtssozialistische Partei durch ihren Görlitzer Beschluß hineinmanövriert hat. Eine Anspielung auf die kommende Verbindung mit den Stinnesleuten konnte man aus dem Beginn der Rede heraushören; man sollte, so meinte Scheidemann, jetzt den Versuch unternehmen, entspannend und entwirrend zu wirken und eine große Mehrheit für die künftige Politik des Reiches finden. Wir und mit uns eine große Anzahl der eigenen Anhänger Scheidemanns glauben, daß die rechtssozialistische Partei diesen Versuch mit der Isolierung von den großen Massen des arbeitenden Volkes erkaufen wird. So scharf Scheidemann auch gegen die Deutschnationalen auftrat, so mußte seine Rede ohne nachhaltige Wirkung bleiben, weil er sich hüten mußte, den künftigen Bundesgenossen, die Deutsche Volkspartei, die nicht weniger schuldig ist als die Deutschnationale Partei, allzuhart anzupacken.

Nachdem ein Vertagungsantrag angenommen war, gab es noch ein Nachspiel von persönlichen Bemerkungen. Herr Dr. Helfferich fühlte sich von einem Angriff Scheidemanns bitter gekränkt; nicht er sei der intellektuelle Urheber politischer Morde, sondern umgekehrt habe man es auf seine werte Person abgesehen. Scheidemann antwortete ihm gebührend, ebenso der Reichskanzler.

Sitzungsbericht

Interpellation der USPD. betr. Durchkreuzung der republikanischen Politik

Mit der Beratung dieser Interpellation werden verbunden: **Die Beratung über den Gesetzentwurf der U.S.P. zum Schutze der Republik** sowie der Antrag der Deutschnationalen betr. **Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921,** ferner die Beratung über den auf denselben Zweck gerichteten Antrag unserer Fraktion, und weiter die Beratung über den Antrag unserer Fraktion betr. **die Außerkraftsetzung der von der bayrischen Regierung getroffenen Maßnahmen.**

Abg. **Hergt** (Dtnl.): Der Reichskanzler hat sehr oft von Versöhnung gesprochen. Im selben Augenblick aber den Feuerbrand ins Land geschleudert. Wäre es der Regierung Ernst gewesen mit der Versöhnung, so hätte sie vor den Reichstag treten müssen und sagen: Wir haben es uns übernommen, wir wollen Garantien übernehmen, daß die Bestrafung der Ausüber von Attentaten gegen die ordnungsliebenden Reichsangehörigen schnellstens und strengstens durchgeführt wird. **Wir sind immer eine Partei der Versöhnungspolitik gewesen** (Stürm. Heiterkeit). **Wir haben unseren Antrag** erst gestellt, als der Reichskanzler erklärt hatte, daß er die gegen uns gerichtete Politik fortsetzen wolle.

Die Verordnung des Reichspräsidenten wirkte **wie ein Aufruf zur Begehung von Gewalttaten** und die authentische Interpretation ließ auch gar keinen Zweifel darüber, daß die Verordnung gedacht war als ein Zwangs- und Machtmittel gegen die Rechten. Man muß sehr weit zurückgreifen, ehe man im alten Regime auf solche Ausnahmegesetzgebung stößt. **Jeder, der sich an einem Mord beteiligt hat, schließt sich damit ohne weiteres aus der Deutschnationalen Partei aus.** (Stürmische ironische Zurufe.) Wir verwahren uns dagegen, daß man irgendwelche Kreise, die ultrarechts, also noch weiter rechts wie wir stehen, uns an die Rockschöße hängt. (Zurufe: Gibt es das auch noch!)

Wenn man von Norddeutschland nach Bayern kommt, fallen einem die bayerischen Verhältnisse als Ordnungsverhältnisse **in die Augen.** (Große Heiterkeit links.) Der Kanzler ist am wenigsten das gewesen, was er sein sollte, nämlich Reichskanzler. Der Reichskanzler ist herabgestiegen von der Tribüne, ist herabgestiegen in die Arena, herabgestiegen zum politischen Kämpfer. Er ist ein guter Kämpfer, aber das kommt nicht in Betracht. Er sollte über den Parteien als oberster Leiter des Reiches stehen; dann wäre er ein Kanzler von Deutschland geworden! So ist er nur zum deutschen Reichskanzler für das Ausland geworden. Darum ende ich in den Ruf: Macht Schluß mit dem Irrtum dieser letzten fünf Wochen, um eine Basis zu ermöglichen, auf der das deutsche Volk wieder gesundet!

Abg. Dittmann (USP.)

Der Herr Abgeordnete Hergt hat hier sehr viel gesagt, mit dem ich nicht einverstanden bin. Aber ein Wort hat er gesprochen, das ich restlos unterstreiche: **„Nur keine Fechterkunststückchen!"** Damit hat Herr Hergt sein eigenes Auftreten am besten selbst charakterisiert. Es waren Fechterkunststückchen, die er hier aufgeführt hat, und er wird selbst nicht glauben, daß auch nur einer in diesem Hause außer seinen politischen Freunden ihn ernst genommen hat. Sie müssen doch gestehen, daß Sie nur gezwungenermaßen als erster Redner in dieser Debatte das Wort genommen haben. Man hat Herrn Hergt erst in diese Rolle hineinführen müssen, denn er hatte sich bis zum heutigen Tage in der Rolle des zusammengekugelten Zaunigels gefallen, der sich im Hintergrund halten wollte, und der verlangte, **daß der Reichskanzler als erster das Wort ergriffe.** Erst als dieser das ablehnte, hat er sich dazu bequemen müssen, nun seinerseits als erster Redner zu sprechen. Es war auch ein Fechterkunststückchen, die Deutschnationale Volkspartei als Klub der Harmlosen hinzustellen. Ich muß gestehen, daß es mir eine sehr große Befriedigung war, auch endlich einmal von den Deutschnationalen zu hören, **daß Ausnahmemaßnahmen schlechte Maßnahmen sind.** Allerdings höre ich es erst jetzt, da sich zum ersten Male ein Ausnahmezustand gegen rechts richtet, da zum ersten Male die Deutschnationalen die Wirkungen des Ausnahmezustandes am eigenen Leibe verspürt haben. Da sind sie auf einmal von Freunden des Ausnahmezustandes zu Feinden desselben geworden. Wir wissen doch alle, was wir von den Versicherungen der Deutschnationalen über ihre Harmlosigkeit und Loyalität zu halten haben. Wir wissen doch aus der Geschichte, daß herrschende Klassen niemals freiwillig auf Privilegien und Rechte verzichtet haben, daß sie um ihre Erhaltung gekämpft und gefochten haben. Wie sollten sich da die Junker und Militaristen, die brutalsten Repräsentanten dieses Systems, anders verhalten haben? Der Kapp-Putsch hat uns doch ihr Bestreben deutlich gezeigt. Seit dessen Mißlingen haben sie nicht etwa resigniert, im Gegenteil.

Sie wollen die Republik nicht hochkommen lassen.

Im offenen Kampf können sie dieses Ziel nicht erreichen, **deshalb betreiben sie den Sturz der Republik im Dunkeln und scheuen das Licht.** Sie haben fortgesetzt Banden organisiert zu dem Zweck, um sie als Stoßtrupps für reaktionäre Putsche zu verwenden. Waffenlager sind angelegt, und so im Dunkeln rüstet die Deutschnationale Volkspartei zum offenen Bürgerkrieg. Ihr Zentrum haben sie nach Bayern verlegt. Ehrhardt und Bauer sitzen seit Jahr und Tag in München, spinnen die Fäden über Deutschland weit hinaus bis nach Ungarn, **die ungarischen Zustände sind doch das Ideal, das sie für Deutschland verwirklichen wollen.** Von alledem wissen natürlich die Herren von der Deutschnationalen Volkspartei nichts, rein gar nichts. Sie sind entrüstet, wenn man sagt, daß sie mit den Putschisten unter einer Decke stecken. Ich will nur erinnern an die Rolle, die Hergt bei dem Kapp-Putsch gespielt hat. (Zuruf Hergt: Sie war ganz einwandfrei!) Ich will zeigen, wie einwandfrei sie war. Am 13. März sagte Hergt, Kapp und Lüttwitz sind zum Aeußersten entschlossen, sie werden vor nichts zurückschrecken. Die Deutschnationale Volkspartei hat mit diesem Putsch und seinen Vorbereitungen direkt nichts zu tun. Wir werden die Teilnehmer an diesem Putsch sogar veranlassen, formell ihren Austritt aus der Partei zu erklären. Kapp und Lüttwitz haben die Macht und werden sie voraussichtlich behalten. Wir müssen nun auf dieser neuen Grundlage weiterarbeiten. 14 Tage später sagte er: „Wir haben von dem Putsch nicht die geringste Kenntnis gehabt. Die sogenannte Kappregierung war unmöglich. Davon sind wir überzeugt gewesen; dieser Ueberzeugung haben wir immer Ausdruck gegeben." Ich überlasse es dem Hause selbst, aus diesem Verhalten des Herrn Hergt Schlußfolgerungen zu ziehen, und überlasse es auch dem Hause davon auf seine heutige Rede zu schließen. Wir glauben schon, daß die Putschisten automatisch aus der Partei ausgeschlossen worden sind, **die geistige und politische Mentalität ist aber ganz dieselbe bei den Deutschnationalen, wie bei den putschistischen Verschwörerbanden. Hergt aber sagt: „Ich wasche meine Hände in Unschuld".**

Die deutschnationale Partei ist auch verantwortlich für die schlimmste Erscheinung der letzten Jahre auf dem politischen Gebiet,

für den politischen Meuchelmord.

Das ist das schlimmste Extrem der deutschnationalen Politik. Durch maßlose Hetze in der Presse, in Versammlungen, die die politischen Gegner persönlich aufs gemeinste schmähen, wird die Atmosphäre und das Milieu geschaffen, aus dem heraus gedungene Bravos die Untaten ausführen. Die deutschnationale Hetze ist nachweisbar die intellektuelle Urheberschaft auch des vorläufig letzten Meuchelmordes, des Mordes an Erzberger, gewesen. **Helfferich und Westarp haben ein Kesseltreiben gegen Erzberger losgelassen, das wohl beispiellos ist.** Die deutschnationale Presse ist nicht müde geworden, persönliche Stimmungsmacherei gegen ihn zu treiben. Am 16. April hat das Organ der Deutschnationalen, die „Deutsche Tageszeitung", geschrieben: **Es wäre besser, wenn Erzberger das Zeitliche gesegnet hätte.** In der deutschnationalen Presse klangen durch alle Mystik, in die sie diese Aufforderung zu kleiden wußte, doch die Worte durch: „Der täte ein gutes Werk, der den um die Ecke bringt!" Wie gegen Erzberger, so ist man auch mit gemeinen Schmähungen gegen Wirth vorgegangen. Und da stellt sich Hergt hier hin und sagt, wir haben nichts zu tun mit dem Erzberger-Mord, wir bedauern ihn. Zur Rechten: **Sie sind verantwortlich für diesen Mord.** Am 27. August wagt dasselbe Blatt, die „Deutsche Tageszeitung", zu schreiben: Wir haben den Kampf gegen Erzberger nur mit geistigen Waffen geführt. Wir bedauern diesen Mord. Das sind wirkliche Krokodilstränen. Ein Volksparteiler **hat nach einer bis jetzt unwidersprochenen Meldung auf dem Parteitag gesagt, er könne der Deutschnationalen Volkspartei** den Vorwurf nicht ersparen, daß sie durch ihre Hetze eine Atmosphäre geschaffen haben, aus der der Mord an Erzberger entstanden sei.

Der Mordplan ist in München ausgeheckt worden

und von dort ist er auch ausgeführt. Die Deutschnationalen haben Jubelhymnen auf das Kahr-Bayern gesungen, auf die idealen urdeutschen Zustände. Die Jubelhymnen brauchen uns nicht zu wundern, denn Herr von Kahr war ja die bayerisch-maskierte Marionette der Stockpreußen. Poehner hatte eine geradezu rigorose Fremdenkontrolle eingeführt, keine Maus wurde nach München hineingelassen, die die Polizei nicht kannte. Und da will Poehner nichts von der Mordorganisation in München gewußt haben? Nach rechts drückte er eben beide Augen zu, alle Ausnahmemaßnahmen richteten sich gegen links, richteten sich gegen uns. **Gareis, der hinter die Schliche der Polizei gekommen war, wurde ermordet.** Die deutschnationale Mörderclique konnte ungestört weiter wirtschaften, bis das zweite Opfer Erzberger wurde. **Deshalb sind Kahr und Poehner mitschuldig an der Hetze, sind Kahr und Poehner mitschuldig an der Ermordung Erzbergers.** Der Artikel im **„Miesbacher Anzeiger"** war das Signal zum Mord in Griesbach. Schon im Ueberwachungsausschuß habe ich es gesagt:

Von Miesbach nach Griesbach führt eine gerade Linie.

Auch dort habe ich schon betont, daß in München eine deutschnationale Mörderclique saß. Die Abgeordneten Hergt und Westarp haben damals den Entrüsteten gespielt und sind hinausgelaufen, genau so wie sie es jetzt hier auch wieder gemacht haben. Wenn es darauf ankommt, die Wahrheit zu hören, da reißen sie aus. Dann verfahren sie wie 1918 beim großen Zusammenbruch. Es ist bezeichnend, daß die Mörder, über die Poehner seine schützende Hand hielt, gewarnt wurden und entfliehen konnten. Es ist auch bezeichnend, daß die Mörder nicht gleich ins Ausland flohen, sondern nach München zurückkehrten. **Das heißt, daß sie sich dort sicher fühlten wie in Abrahams Schoß.** Es ist gut konservative Tradition, was wir jetzt an persönlicher Hetze gegen führende Politiker der Linken erlebt haben. **Das Kesseltreiben gegen Gradnauer und Wirth zeigt klar, daß diese beiden Minister die nächsten Opfer auf der deutschnationalen Mörderliste sind.**

Feiger, jämmerlicher und kläglicher hat noch nie eine herrschende Klasse sich nach ihrem Sturz benommen. Jetzt aber machen die Deutschnationalen nicht sich selber, sondern diejenigen verantwortlich, die damals die Zügel in die Hand nehmen mußten, um zu retten, was zu retten war. Jetzt scheuen sie sich nicht, den Waffenstillstand, den Friedensvertrag, **alles Folgen der deutschnationalen Kriegspolitik,** als Ursachen unseres heutigen Elends hinzustellen. Die Männer und Parteien, die den deutschnationalen Konkurs liquidieren mußten, werden jetzt von den Deutschnationalen mit ingrimmigem Haß verfolgt. Es ist ein großes Versäumnis der parlamentarischen Regierungen, die wir seit zwei Jahren in Deutschland gehabt haben, daß sie der deutschnationalen Lügenpropaganda nicht planmäßig und großzügig entgegengetreten sind. Nur dadurch hat die deutschnationale Volksvergiftung so großen Umfang annehmen können. Warum greift die Reichsregierung nicht zu den Mitteln der Volksaufklärung, wie es in allen parlamentarischen Ländern, besonders in Frankreich, geübt wird? Warum läßt sie nicht mit diesen Mitteln die deutschnationalen Lügenmäuler stopfen? Damit wäre der deutschnationalen Hetze und Demagogie der Boden entzogen, die politische Atmosphäre gereinigt.

Jeder weiß, daß Ludendorff es war, der Hals über Kopf den sofortigen Waffenstillstand forderte. Und es weiß jedes Kind, daß Hindenburg es war, der von Erzberger verlangt hat, den Waffenstillstand abzuschließen, ganz gleich, wie er ausfalle.

Allein jene Männer sind verantwortlich für diesen Waffenstillstand. Sie tragen die politische Verantwortung, die zum Waffenstillstand getrieben hat. Wann endlich wird die Reichsregierung mit dieser Lüge aufräumen und die Ludendorff-Lügenmäuler stopfen? **Alle diese Verbrecher gehören vor den Staatsgerichtshof, sie gehören ins Zuchthaus.**

Es zeigt sich immer wieder, wie beim Kapp-Putsch, daß die Reichsregierung sich heute nicht stützen kann auf Behörden, Schutzpolizei, Reichswehr und Richter, die die Schützer des Staates sein sollten. Gegen rechts ist dieser ganze gewaltige Schutzapparat nicht in Bewegung zu setzen, während er sich gegen links bei dem leisesten Druck sofort in Tätigkeit befindet. **Alle diese Stellen empfangen ihre politischen Direktiven nicht vom Reichskanzler oder von dem Ressortminister, sondern von außerhalb, von den deutschnationalen Feinden der offiziellen Politik der Reichsregierung.** Diese Kreise in den Behörden betreiben offen und geheim reaktionäre Machenschaften und sabotieren die Politik des Reichskanzlers. Und sie werden unterstützt von einem großen Teil der pensionierten höheren Beamten und Militärs. **Diese Leute** scheuen sich nicht, ohne Gegenleistung von derselben Republik sich ernähren zu lassen, gegen deren Politik sie fortgesetzt wühlen. **Deshalb muß hier der Hebel angesetzt werden zum Schutze der Republik.**

Die Reichswehr muß gesäubert werden von den monarchistischen Offizieren.

In der Reichswehr können nur zuverlässige Republikaner Offiziere sein, sonst wird sie, wie beim Kapp-Putsch, eines schönen Tages die Reichsregierung wieder im Stich lassen. In den Ministerien und Behörden sitzen in leitenden Stellen vielfach Leute, die hinterhältig die Politik der Regierung durchkreuzen, so wie jener Liebermann in Breslau, der gegen die Orgesch vorgehen sollte und in Wirklichkeit mit ihr unter einer Decke steckte. In dieses Kapitel gehört auch das Kahr-Regiment in Bayern. Mit dem Rücktritt der Kahr, Roth und Poehner ist die deutschnationale Pest aus dem bayerischen Beamtenkörper noch nicht ausgebrannt. Deshalb wollen wir, **daß der bayerische Ausnahmezustand sofort aufgehoben werde,** und nicht erst in 14 Tagen. Es zeigt sich ja bereits, daß die deutschnationalen Verschwörer das Kompromiß allmählich benutzen, um die Akten über ihre Schandtaten zu beseitigen. Deshalb soll der Reichstag sofort den Ausnahmezustand aufheben und die Münchener Verbrecher kaltstellen.

Die schlimmsten Orgien erlebten wir auf dem **Gebiete der Justiz, Behörden und Richterschaft.** In dem Buche **von Dr. Gumbel „Zwei Jahre Mord"** können Sie nachlesen, daß 13 **Morde von links, dagegen 314 Morde von rechts** begangen worden sind. Während gegen die Mörder von rechts so gut wie nichts unternommen wurde, beging man bei dem Vorgehen gegen links vielfach bewußte Rechtsbeugung. Ich erinnere Sie nur an das Wüten der Sondergerichte nach dem Märzputsch. Ich erinnere weiter an Jagow, der als steckbrieflich verfolgter Hochverräter seit einundeinhalb Jahren frei herumläuft. Demgegenüber steht die deutschnationale Justiz gegen den unabhängigen bayerischen Abgeordneten Fischer. Wir verlangen die **Beseitigung der Unabsetzbarkeit der Richter und**

Wahl der Richter durch das Volk.

Wenn die deutschnationalen Treiber in Zukunft damit rechnen müssen, daß sie ihr Tun auch zu verantworten haben, wird ihnen selbst bald das Herz in die Hosen rutschen. Die Reichsregierung aber muß sich klar darüber sein, daß sie keine republikanische und keine demokratische Politik treiben kann, wenn sie nicht endlich darangeht, in allen Stellen Remedur zu schaffen. Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht, als ersten Schritt auf dem Wege zur Republikanisierung der Verwaltung und der Justiz. Wir verlangen, **daß die Strafjustiz den Berufsrichtern abgenommen und Geschworenen überwiesen wird.** Wir sind schärfste Gegner der Anwendung von Ausnahmemaßnahmen, wie sie durch die Verordnung des Reichspräsidenten **vom 29. August und** neuerdings vom 28. September festgesetzt sind. Wir sehen darin kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Reaktion. Wir lehnen alle Ausnahmemaßnahmen grundsätzlich ab und verlangen gesetzliche Regelung.

Republik und Demokratie als geschichtliche Durchgangsform zur klassenlosen sozialistischen Gesellschaft werden nur geschützt durch die arbeitenden Volksmassen. Sie müssen auf der Wacht sein und die Reaktion niederhalten wie beim Kapp-Putsch und nach der Ermordung Erzbergers. Sie haben am 31. August der Reaktion einen heilsamen Schrecken eingejagt, haben bewiesen, daß das Proletariat kampfbereit ist und bleibt. Auch die Reichsregierung muß sich darüber klar sein, daß sie sich in erster Linie auf das Proletariat stützen muß. Sie findet keinen Rückhalt, dessen sie bedarf, bei den geschworenen Feinden der Arbeiterschaft, der Schwerindustrie, den Stinnes-Kapitalisten. Sie muß sich auch gesagt sein lassen, in demselben Augenblick, wo sie um die Unterstützung dieser Kreise wirbt, verwirkt sie das Vertrauen der Arbeiterklasse. **Erlahmt die Reichsregierung, so werden die Massen ohne die Regierung, und wenn es sein muß, gegen die Regierung den Kampf gegen die Reaktion fortsetzen.** Die Revolution hat Monarchie- und Obrigkeitsstaat fortgefegt. Jeder Versuch (nach rechts) von Ihnen, ihn wiederaufzurichten, wird auch in Zukunft auf den geschlossenen Widerstand des Proletariats stoßen. **Die Einheit des Proletariats ist der Fels, an dem die Reaktion zerschellt.** (Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen.)

Reichskanzler Dr. Wirth

Die ganze heutige Situation ist nur als ein Rückzug der Reichsregierung bezeichnet worden, als eine Art Schamade. Ich bin dankbar für diese Kennzeichnung der Situation. Es ist gewiß richtig, daß eine sogenannte politische Schlacht, daß ein Konflikt, der zweifellos große Gefahren in sich geborgen hat, abgeschlossen ist. Die bayrische Frage ist zum Abschluß gekommen, was in weiten Kreisen Deutschlands sicher mit großer Befriedigung aufgenommen worden ist. (Zustimmung.) Die Verhandlung mit der bayrischen Regierung, daß Hierherkommen des Grafen Lerchenfeld, für das ich aufrichtig dankbar bin, die lebendige Fühlungnahme, hat in so kurzer Zeit zu einem positiven friedlichen Ergebnis geführt, daß ich nur wünschen kann, daß diese Praxis in Zukunft eingehalten werden möge. (Beifall.) Der Belagerungszustand ist seit einigen Wochen in Preußen trotz der von einigen Seiten gehegten Befürchtungen aufgehoben, ohne daß Schwierigkeiten entstanden sind. (Beifall.) **Nun fragt es sich,**

wie es mit dem bayrischen Belagerungszustand werden soll.

Der Reichstag hat bereits zweimal damals noch mit Mehrheit das Fortbestehen des Ausnahmezustandes in Bayern gebilligt. Es war aber nicht zu erkennen, daß die Majorität für den Belagerungszustand in diesem Hohen Hause im Abnehmen begriffen war, und es war zweifellos, daß in der dritten Abstimmung hier in diesem Hause der Belagerungszustand unbedingt fallen mußte. **Darum war es die pflichtgemäße Aufgabe der Reichsregierung,** ehe es hier zu einer Abstimmung kommen konnte und kommen mußte, mit der bayrischen Regierung Verbindung zu suchen, um den Ausnahmezustand, der nach der Reichsverfassung kein dauernder Zustand sein kann, zu beseitigen. (Zustimmung.) Wir haben ein Kompromiß geschlossen. Es ist als ein Rückzug bezeichnet worden. Aber ein kluger Rückzug, der zur Zufriedenheit führt, ist doch noch besser, als eine verlorene Schlacht, die alles vernichtet. (Bewegung.)

Das war mir in den Verhandlungen mit den Vertretern Bayerns nicht die Hauptsache, daß wir nun irgendwie der bayrischen Regierung Schwierigkeiten bereiten wollten; **sondern darauf kam es uns an, daß wir gewisse Quellen politischer Brunnenvergiftung in Deutschland allmählich zum Versiegen bringen.** (Sehr richtig!) Ich habe von der bayrischen Regierung, wie von Vertretern der Parteien das Versprechen bekommen, daß gebrochen werden soll, mit dem, was bisher teilweise üblich gewesen ist. Und wenn es nun heute hier heißt: „Wir treten den Rückzug an ..., meine Herren, ganz andere haben den Rückzug angetreten. (Sehr richtig!) Ueberlassen wir den Gesundungsprozeß, der im Süden des Reiches begonnen hat, der Bevölkerung selbst, ohne Ausnahmebestimmungen.

Es handelt sich doch um folgendes: In allen Städten Deutschlands, insbesondere in Berlin, setzten sich große Arbeitermassen in Bewegung zu **den größten Demonstrationen, die unser Volk je gesehen hat.** Blind mußte da jeder sein, der nicht merkte, daß aus psychologischen Stimmungen heraus eine große Bewegung einsetzte. (Widerspruch rechts.) Eine solche Bewegung mußte in ruhiges politisches Fahrwasser geleitet werden, zu einer friedlichen Demonstration gestaltet werden. **Wo im deutschen Lande ist in den Tagen nach der Ermordung Erzbergers eine Gewalttat erfolgt?** Der Abg. **Hergt** hat ausgeführt, auf dem Parteitag, den er an besonderer Stelle leitete, sei kein unsachliches Wort gefallen. Er hat mir geraten, ja recht vorsichtig mit meinen Aeußerungen zu sein. Ich werde in Zukunft in jedem Gespräch mit Ihnen sehr vorsichtig sein. Für den Gedanken nationaler Tradition habe ich volles Verständnis. **Sind aber die Gedenktage, sind die Kundgebungen an diesen Gedenktagen so geleitet worden von den Führern, daß sie unsere außenpolitische Lage nicht gefährden?** Sehen wir uns einmal die Sedanfeier anläßlich des deutschnationalen Parteitages in München an. Ich weiß wirklich nicht, was in Tagen, in denen wir in schweren außenpolitischen Nöten stehen, gerade eine solche Feier bedeuten soll. **Der Krafft von Delbendingen** konnte sich dabei folgendes leisten: „Die Männer die heute an der Spitze des Reiches stehen, sind nur die Gerichtsvollzieher des Königs Mammon. Die Stellen, an denen einst Männer wie Bismarck standen, sind für viele heute nur **die Versorgung mit Arbeitsloseneinkommen** geworden. Was wir heute führen als das Reichsbanner, ist uns verhaßt, nicht weil es ein Symbol alter Ideale bedeutet, sondern weil es in sich birgt

den gelben Judenstreifen!"

Hat diese ganze Rede noch irgendetwas mit einer nationalen Feier zu tun? Die gemeinsame Arbeit ist gewiß schwer, gefahrvoll nach der Katastrophe des Krieges, die das ganze Volk getroffen hat. **Wir müssen eine Politik ehrlicher, aufrichtiger Leistungen machen, bis an die Grenze dessen, was ein Volk überhaupt tragen kann, ohne wirtschaftlich zusammenzubrechen.** Hier scheiden sich die Geister. Der Abg. Hergt hat in München ausgeführt: „Für uns gibt es keine Erfüllung, keinen Versuch der Erfüllung." (Hört! Hört!) Ein anderer Redner führte aus: „Die Absicht den Beweis der Unerfüllbarkeit zu bringen, ist verbrecherischer Wahnsinn." (Abg. Helfferich: Wer hat denn das gesagt?) **Der Abg. Edler von Braun!**

Die Verfolgung der Geheimorganisationen, die dort aufgedeckt worden sind, ist Sache der badischen Staatsanwaltschaft. **Aber ich hatte gestern Gelegenheit, einem Referat eines** berufenen Mannes beizuwohnen **über das Material, das da zusammengetragen ist.** [illegible] zeigt sich, **daß die Fäden der Geheimorganisationen auch nach Oberschlesien führten** (Hört! Hört!) Uns lag schon seit Monaten [illegible] nur am Herzen, daß dieses deutsche Land uns erhalten bleibt, sondern unsere Arbeit war auch darauf gerichtet, es nicht polnischen Banden preisgegeben zu sehen. Wir danken denen, die ihre Heimat mit der Waffe in der Hand verteidigt haben. (Beifall.) So sehr die Taten des Selbstschutzes anzuerkennen sind, so schmerzlich ist es, daß sich nun an die Reihen der edlen Kämpfer gerade die Geheimorganisationen mit ihren verbrecherischen Elementen herangemacht haben. **Es handelt sich um eine größere Geheimorganisation zum Sturze der Verfassung.** (Hört! Hört! b. d. Mehrheit. — Lärm rechts.) Es ist der badischen Staatsanwaltschaft geglückt, die Fäden und die Zentrale dieser Geheimorganisation zu lähmen und einige Hauptführer dingfest zu machen. **Von Schlesien, wie von Bayern her ist der Versuch vorbereitet worden,**

einen neuen Kapp-Putsch in Deutschland herbeizuführen.

(Lebh. Hört! Hört! b. Mehrheit.) Das weitere überlassen wir der Justiz (Lachen rechts.)

Wir werden vielleicht bald die gigantische Frage zu erwägen haben, **wie wir alle Schichten unseres Volkes bei den raschen wucherischen Preissteigerungen durch den Winter bringen sollen.** Die Stunde ist gekommen, wo wir für die Träger der mittleren Schichten, die nicht mehr im Produktionsprozeß stehen und nur über ein bescheidenes Einkommen verfügen, auf Grund ihrer Lebensarbeit, unter allen Umständen eine größere Aktion unternehmen müssen. (Beifall.) **Dazu gehören auch die Arbeitslosen.** Sie bedeutet eine Ausgabe von Milliarden, aber das ist nötig, trotz allem, was uns drückt, um in diesem Winter unser Vaterland vor den schwersten Schädigungen sozialer Art zu bewahren. Im Namen der ganzen Reichsregierung erkläre ich: Wenn wir die Arbeit überblicken, die seit dem Tage des Zusammenbruches geleistet worden ist, so haben wir allen Anlaß, der deutschen Beamtenschaft für ihre Leistungen Worte warmer Anerkennung auszusprechen. (Beifall.) **Wir müssen aber an die Beamtenschaft die bestimmte Forderung richten, daß im Dienste den Untergebenen gegenüber der Gedanke parteipolitischer Agitation im Sinne einer Unterhöhlung des republikanischen Staates keinen Platz hat.** (Beifall.) Wir haben keinen Anlaß, irgendjemand den Mund zu verbieten und geben jedem Beamten die Freiheit der politischen Betätigung. Wir wehren uns nur gegen die Träger der Gewalt, die den politischen Mord verherrlicht haben, und gegen die sich die ganze Wucht derjenigen Parteien richtet, die die Verfassung von Weimar tatsächlich nicht [illegible] als Episode, sondern als ein großes Werk, geboren in der schwersten Stunde unseres Landes, ansehen. (Beifall.)

Der Mord in Griesbach war keine Tells-Tat, sondern die Tat eines feigen Mordbuben.

(Sehr richtig!) Unsere Politik soll appellieren an alle Kräfte unseres Volkes, die willens sind, dem politischen Ideal nachzustreben, die deutsche Republik vor Gewalt und Untergang zu bewahren.

Abg. Scheidemann (SPD.)

Das stärkste Gefühl nach der Griesbacher Tat war im deutschen Volke das einer entsetzlichen Schande. Es ist auf die Dauer undenkbar, daß die Führer bestimmter politischer Richtungen nach der Reihe abgeschlachtet werden, ohne daß die Anhänger dieser Richtung, die sich damit selbst getroffen fühlen, zur Abwehr schreiten. Eine Abwehr kann nicht ausbleiben, es fragt sich bloß, ob sie in gesetzliche oder ungesetzliche Bahnen gelenkt wird. Dennoch war es Pflicht der Regierung, diese Abwehr selbst in die Hand zu nehmen, anstatt den Gefühlen der Masse freien Lauf zu lassen. Das letztere hätte bestimmt zum Bürgerkrieg geführt. In unverständlichem Optimismus hat der Reichskanzler geglaubt, diese Vorschläge auch den Deutschnationalen klarmachen zu können. Als Antwort darauf erklärte Herr Hergt dann in seiner Berliner Rede, **daß sie mit einer zweiten Revolution schon fertig werden würden.** Wenn die Reichsregierung, um den politischen Meuchelmord einzudämmen, die Verordnung erließ, so billigen wir das, so wenig wir sonst für Ausnahmegesetze übrig haben. [illegible] kann uns nur eine Abwehr aller Gewaltbestrebungen. Die Einkehr der Deutschnationalen muß beginnen mit dem Eingeständnis, **daß sie die Mitschuld tragen an Erzbergers Tod.**

Diesen Menschen haben Sie (nach rechts) auf dem Gewissen.

(Lebhafte Unruhe rechts.) Gewiß haben keine Deutschnationalen hinter dem Busch gelegen, als der Mord geschah, haben auch nicht die Mörder beschäftigt, aber Sie haben Erzberger nicht bekämpft, wie man politische Gegner bekämpft, **sondern Sie haben den Mann gehetzt, bis er lag, und als er lag, hat man in Ihren Wühlerkreisen gejubelt.** Die Mörder Schulz und Tillessen haben nur vollendet, was andere begonnen haben. Nicht nur an ihren Händen klebt das vergossene Blut. **Deutschnationale Generäle haben den Mord mit Sektgelagen gefeiert.** (Unruhe.)

Meine Rede, in der ich angeblich das Offizierkorps beschimpft haben soll, ist von einem Deutschnationalen, der hier sitzt, in der niederträchtigsten Weise gefälscht worden. Mir würde es niemals einfallen, einen ganzen Stand zu beschimpfen. Das tut aber Oberst Bauer in seiner bekannten Schrift, wenn er sagt, daß **die ganzen 500 Offiziere der Obersten Heeresleitung am 9. November sich gedrückt haben und nur noch drei Offiziere hinter dem Obersten Kriegsherrn standen.** Ich empfinde es als die größte Dreistigkeit, wenn sich ein Mensch oder eine Partei hinstellt und so tut, als hätte sie allein die Vaterlandsliebe gepachtet. **Wir Sozialdemokraten lassen uns an Liebe zu unserem Vaterlande von niemand übertreffen.** Aber wir tragen unsere Vaterlandsliebe nicht auf der Zunge, sondern im Herzen und arbeiten am Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Bayern [illegible] das Zufluchtsland aller dieser Hetzer und Reaktionäre. Dort konnte sich die Mörderzentrale ruhig entwickeln. Steckbrieflich verfolgte Verbrecher sind dort bei den höchsten Beamten ein- und ausgegangen. Ein grelles Schlaglicht auf die bayerischen Verhältnisse wirft auch **die letzte Proklamation Poehners,** des [illegible]es, der aus den nichtigsten Anlässen die Straßen Münchens mit Arbeiterblut befleckt hat. **Mit der großen Mehrheit des bayerischen Volkes, das ich kenne und schätze, wollen wir wieder zurück** zu geordneten Zuständen. Wir haben das Vertrauen zur Regierung Wirth, daß sie alles tun wird, um die Republik zu verteidigen und der Vergiftung des öffentlichen Lebens Einhalt zu tun. Mit Verordnungen allein ist nichts getan. **Wir brauchen die Demokratisierung der Verwaltung, die Republikanisierung der Reichswehr, die Reform der Justiz.** Den Gesetzantrag der Unabhängigen bitten wir, dem Rechtsausschuß zu überweisen und werden dort Verbesserungsanträge stellen. Wir fürchten uns nicht vor den Pistolen der Reaktion und rufen alle, die guten Willens sind, zur gemeinsamen Arbeit auf. (Lebhafter Beifall links.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. — Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. **Hergt** (Dtn.) erklärt, daß er die vom Reichskanzler erwähnte Besprechung nicht für vertraulich gehalten habe. — Abg. Dr. **Helfferich** (Dtn.) weist Scheidemanns Vorwürfe, daß er der intellektuelle Urheber des Mordes sei, zurück, und gibt eine ausführliche Darstellung des angeblichen Ueberfalles während seines Sommeraufenthalts.

Abg. Scheidemann (Soz.): Dr. Helfferich hat das richtige Gefühl gehabt, **daß er hier der Hauptangeklagte ist.** Warum hat er sein lebhaftes Bedürfnis, unser Leben von Korruptionen zu reinigen, nur bei Erzberger zum Ausdruck gebracht **und nicht auch bei Ke[illegible]off?** Herr Helfferich möge keine Sorge haben; er möge nicht [illegible] von den Deutschnationalen, sondern vom ganzen deutschen Volk wie ein Heiliger verehrt werden, damit er als lebendiges Zeugnis dafür erhalten bleibe, **wie tief gewisse Schichten des deutschen Volkes sinken können.** (Große Unruhe rechts. — Ordnungsruf des Präsidenten.)

Sonnabend, 10 Uhr: **Interpellation Hergt über die Valutaspekulation. Weiterberatung.**

Eine Erklärung der rechtssozialistischen Reichstagsfraktion

Kurz vor Redaktionsschluß geht uns nachstehende Erklärung zu, zu der wir erst in der nächsten Ausgabe Stellung nehmen können.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt zur Frage der Umbildung der Regierung:

Zu einer Gesamtdemission des Kabinetts Wirth ist keine Veranlassung. Es kann sich bei einer eventuellen Erweiterung nur um eine Umbildung handeln.

Vor der Umbildung muß eine **Einigung über den Teil des Regierungsprogramms erzielt sein, der die Stellung der Regierung zur demokratisch-republikanischen Staatsform und zu den zum Schutze der Republik** zu ergreifenden Maßnahmen klarlegt.

Eine Entscheidung über die **eventuelle Umbildung der Regierung** kann die Fraktion erst fällen, wenn **das gesamte Steuerprogramm vorliegt und aus ihm** die Gestaltung der vorgeschlagenen **Besitzsteuern** sowie der besonderen **Leistung des Besitzes** ersichtlich ist.

Die Fraktion beschloß weiter, **an den Vorstand der U.S.P. heranzutreten, um festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen diese eventuell bereit wäre, in die Reichs- und in die preußische Regierung einzutreten.**

Die schwierige Regierungsbildung

Kein Nachgeben der bürgerlichen Parteien in der Steuerfrage

Ueber die Verhandlungen zur Neubildung der Reichsregierung wird in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" mitgeteilt, daß eine optimistische Auffassung zum mindesten verfrüht ist. Die Besprechungen am Mittwoch abend beim Reichskanzler hätten nur eine Einigung in Fragen der inneren und äußeren Politik ergeben, während sich auf dem Gebiete der Steuerreform noch grundsätzliche Gegensätze geltend machten, die bisher noch nicht ausgeglichen seien. Es wird dann ferner betont, daß die bürgerlichen Parteien, Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei, nicht gewillt seien, die Neubildung der Regierung in Preußen und im Reich getrennt vorzunehmen. Ueber ihre Stellungnahme in der Steuerfrage wird dann erklärt:

Nun hat sich aber die Sozialdemokratie in den Steuerfragen den Massen gegenüber bekanntlich auf die Besteuerung der Sachwerte festgelegt. **Daß von bürgerlicher Seite hier ein Nachgeben erfolgen kann, ist nicht zu erwarten.** Die bürgerlichen Parteien vertreten, wie wir hören, den Standpunkt, daß ein Eingriff in die Sachwerte erst erfolgen darf, wenn eine unbedingte Sicherheit gegeben ist, daß die Reparationspflichten tatsächlich von uns erfüllt werden können. Diese Sicherheit besteht aber zur Zeit nicht. Auch die Sozialdemokratie dürfte das zugeben. **Es klafft also in der Frage der Steuerreform ein so breiter Gegensatz zwischen der Auffassung der Sozialdemokratie und der der bürgerlichen Parteien, daß noch nicht die Möglichkeit einer Einigung in diesem Punkte gesehen werden kann.** Bevor aber hier keine Einigung erzielt ist, ist das Zustandekommen der Koalition im Reiche ausgeschlossen.

Damit ist bestätigt, **was wir vorausgesagt haben, daß die** bürgerlichen Parteien die Mitwirkung der Deutschen Volkspartei in der Regierung nur zur Verstärkung der kapitalistischen Widerstände gegen eine ausreichende Heranziehung des Besitzes zu den Steuerlasten erstrebt haben.

Auch in der Bildung der preußischen Regierung sind neue Schwierigkeiten eingetreten, die von den Demokraten ausgehen. Diese möchten ihren Dominicus allzugerne halten und haben sich deshalb auf den Standpunkt gestellt, daß alle an der Koalition teilnehmenden Parteien zu gleichen Teilen die Verantwortung tragen müssen. Das Häuflein Demokraten wünscht also die gleiche Zahl von Ministern wie jede andere Partei. Bombastisch wird erklärt, wenn diese Forderung nicht erfüllt werde, wolle man lieber außerhalb der Regierung bleiben und das Kabinett von außen loyal unterstützen.

So haben die Demokraten bisher immer vor jeder Regierungsbildung geredet. Nachher aber waren sie stets dabei, weil sie es gar nicht ertragen können, irgendeinen Ministerposten, der ihnen angeboten worden ist, abzulehnen.

Eine Sommerfrische für Attentäter

Deutschnationale Fürsorge für Oltwig v. Hirschfeld

Der Fähnrich a. D. Oltwig v. Hirschfeld, der den ersten Mordanschlag auf Erzberger unternahm, wurde bekanntlich vor einiger Zeit aus der Strafhaft wegen gefährdeter Gesundheit beurlaubt.

Wie nun dem B. T. aus Wildbad im Schwarzwald mitgeteilt wird, ist er im nahen Calmbach als Sommerfrischegast aufgenommen worden, nachdem von einer deutschnationalen Parteistelle aus bei den Parteigenossen auf dem Lande in einem Rundschreiben angefragt worden war, wer bereit sei, ihm eine kostenlose Sommerfrische zur Kräftigung auf dem Lande zu ermöglichen. Darauf meldete sich der Sägewerksbesitzer Keppler und nahm Hirschfeld bei sich auf, ohne daß die Anwesenheit in Calmbach oder Wildbad bekannt geworden wäre. Keppler ist enragiert deutschnational.

Trotzdem werden natürlich die Deutschnationalen nach dem Muster ihres eisenstirnigen Führers Hergt nach wie vor behaupten, daß sie nicht das geringste mit den Attentätern zu tun haben.

Gegen die Börsenspekulation

Die Besteuerung des Börsenverkehrs

Wenn auch der Dollar inzwischen wieder etwas gesunken ist — er wurde gestern an der Börse mit 115 notiert — so ist doch kein Zweifel, daß die Spekulation weder ihr Ende erreicht, noch die Absicht aufgegeben hat, ihr gewissenloses Spiel bald wieder aufs neue zu beginnen. Die gesetzgeberischen Maßnahmen, die nach unserer Meinung dagegen einzuleiten sind, haben wir neulich bereits dargelegt. Eine der wichtigsten, unmittelbaren Aufgaben ist natürlich eine scharfe Besteuerung der Devisenumsätze. Die unabhängige Reichstagsfraktion hat nun einen entsprechenden Gesetzentwurf dem Reichstage unterbreitet. Während er sich im allgemeinen anlehnt an die Vorschläge, die die Regierung in dem Entwurf einer Kapitalverkehrssteuer gemacht hat, geht er in bezug auf die Höhe der Steuersätze wesentlich über die Vorschläge der Regierung hinaus. Er schlägt eine Verdoppelung bei der Besteuerung des Handels mit ausländischen Banknoten, ausländischem Papiergeld und bei sonstigen ausländischen Zahlungsmitteln vor.

Die Deutschnationalen sind natürlich wiederum bestrebt, die Ursachen des Sturzes der Mark, die in der fortschreitenden Verschlechterung unserer Finanzen, verursacht durch unzulängliche Maßnahmen zur Deckung des Staatsbedarfes früher und jetzt, zu vertuschen. Sie haben im Reichstage eine Interpellation eingebracht, was die Regierung gegen den völligen Zusammenbruch der deutschen Valuta zu tun gedenkt. Sie bezeichnen aber gleichzeitig diesen Sturz der Mark als die Folge der Annahme des Ultimatums. So sind auch in diesem Falle die Deutschnationalen die zuverlässigsten Bundesgenossen jener Schieber und Spekulanten, die durch den Sturz der Mark ungezählte Millionen in ihre Taschen gelenkt haben.

*

Wann der Antrag der Unabhängigen und die Interpellation der Deutschnationalen im Reichstage verhandelt wird, ist noch unbestimmt. Es ist jedoch zu erwarten, daß der Ernst der sofortigen Eindämmung der Spekulation mit Devisen die baldige Beratung zur Folge hat.

„Wir Kommunisten"

Der Reichstagsabgeordnete Walter Stoecker, der es in seiner Fraktion wieder bis zum Beigeordneten des Fraktionsvorstandes gebracht hat, erklärte in der gestrigen Reichstagssitzung, daß „wir Kommunisten" den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag ebenso ablehnen müßten, wie den Friedensvertrag von Versailles. Man muß feststellen, daß Stoecker dieses Mal von seinem Gedächtnis ebenso im Stich gelassen wird, wie bei der Erinnerung an seine Tätigkeit als Kriegsberichterstatter. Als es sich nämlich um Annahme oder Ablehnung des Vertrages von Versailles handelte, da gehörte Stoecker noch nicht zu „wir Kommunisten", sondern er hat damals als Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles zugestimmt.

*

Damals hat die Reichstagsfraktion der Kommunisten nur aus Klara Zetkin und Paul Levi bestanden. Es war sozusagen die Urzelle des kommunistischen Parlamentsbetriebes. Jetzt kann man dort einen interessanten Vorgang beobachten, der ganz nach den naturwissenschaftlichen Entwicklungsgesetzen verläuft. Die kommunistische Zelle will in der Sonnabendsitzung rednerisch auftreten; sie hat aber inzwischen bereits das nächstfolgende Stadium der Entwicklung erreicht, nämlich die Fortpflanzung durch Spaltung. Klara Zetkin spricht für die Kommunistische Fraktion, Paul Levi für die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft.

*

Die „Rote Fahne" ist auf den Herzog gekommen. Chefredakteur des Blattes ist nicht mehr August Thalheimer, der von der ununterbrochen fortgesetzten Reinigung der Partei an irgendeine andere Stelle geschleudert wurde, sondern Wilhelm Herzog. Die Zentrale der K.P.D. ist offenbar von der Auffassung ausgegangen, daß das finanztechnische Geschick Herzogs, das er in der „Republik" und bei ähnlichen Gelegenheiten bewiesen hat, sich jetzt sehr gut für die „Rote Fahne" verwerten ließe. Der Goldstrom aus Rußland versickert mählich; jetzt muß Wilhelm Herzog seine privatkapitalistischen Erfahrungen nutzbar machen.

*

Etwas von der kommunistischen Schwesterpartei. Die Ortsgruppe Braunschweig der K.A.P.D. hat ihre Auflösung beschlossen, weil keine Möglichkeit mehr bestand, die Mitglieder nach Spitzeln und richtigen Kommunisten zu unterscheiden.

Abkehr vom System Kahr

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 30. September.

In der heutigen **politischen Aussprache** im Landtag kam auch der neue Ministerpräsident **Lerchenfeld** zum Wort. Seine Rede unterschied sich vorteilhaft von denen seiner Vorgänger in dem freien, offenen Wort. Er ging zwar durch geschickte Wendungen um manchen heiklen Punkt herum, aber wenn er seine heute gegebenen Versprechen einlösen wird, **müßte man von einer entschiedenen Abkehr von dem System Kahr sprechen.** Er machte gegen die von den sozialistischen Parteien erhobenen Angriffe gegen die Mißstände in der Polizei und Justiz Vorbehalte, erklärte sich aber entschieden **für gleichmäßige Handhabung der Polizeigewalt nach allen Seiten** und für Ausscheiden der Polizeigewalt und für die Entbehrlichkeit und versprach, nach Kräften in dieser Richtung zu wirken. Er wandte sich gegen die Politisierung der Justiz, sprach aber den bayerischen Richtern sein Vertrauen dahin aus, daß er überzeugt sei, daß sie sich freihalten von jeder parteipolitischen Beeinflussung. **Das gegen den Polizeipräsidenten Poehner eingeleitete Untersuchungsverfahren sei noch nicht abgeschlossen.** Gegen Kanzler, dem ehemaligen stellvertretenden Landeshauptmann der Einwohnerwehr, sei wegen der Beschuldigung der Aufforderung zum Mord jetzt der Staatsanwalt in Bewegung gesetzt worden. **Die Untersuchung gegen die Geheimbünde werde ohne jede persönliche Rücksichtnahme durchgeführt.** Wenn in der Presse Beschuldigungen in dieser Frage erhoben **werden,** so bitte er um Zuweisung des Materials, er werde sofort eine peinliche Untersuchung veranlassen. Er wolle eine saubere Verwaltung haben, die keine Kritik zu fürchten habe. Von der sozialistischen Weltanschauung trenne ihn eine scharfe Linie, der materialistischen Weltanschauung wolle er entgegensetzen die sittlich-ethische Erneuerung des Volkes.

In der Debatte sprach u. a. auch der Abgeordnete **Gandorfer** als Vertreter des linken Flügels vom Bayerischen Bauernbund. Er richtete die schärfsten Angriffe gegen das zweierlei Maß in der Justiz und Polizei unter dem System Kahr und verlangte wegen des gegen Poehner vorliegenden Belastungsmaterials, **daß Poehner, da ja noch der Ausnahmezustand bestehe, sofort in Schutzhaft genommen werde.** Poehner müsse zur Verantwortung gezogen werden und dürfe nicht in den Justizdienst zurückkehren.

Der Friedensvertrag mit Amerika ist am Freitag vom Reichstag in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen worden. Damit ist der Kriegszustand mit allen Ländern auch formell aufgehoben.

Für eine beschleunigte Entscheidung des Reichsratsausschusses für Zeitungsverbote im Falle der Beschwerde über erfolgte Zeitungsverbote tritt eine Eingabe des Vereins deutscher Zeitungsverleger beim Reichsrat und Reichsminister des Innern ein.

Ungarn stellt in Abrede. Auf die durch die Wiener Presse verbreitete Nachricht, daß in Westungarn unter Leitung von Stefan Friedrich ein selbständiger Staat ausgerufen worden sei, stellt das ungarische Telegr.-Korr.-Bureau fest, daß Abgeordneter Friedrich sich in Budapest befindet, in Westungarn selbst aber von einer solchen Proklamation nichts bekannt ist.

Praktische Hilfe Englands für Rußland. Dem „Daily Telegraph" zufolge beschloß die englische Regierung, die noch vorhandenen Kriegsvorräte an Kleidung und Stoffen dem englischen **Roten Kreuz zur Verteilung in Rußland zur Verfügung zu stellen.**

Amerikanische Hilfe für Oppau

W.T.B. teilt mit: Der bekannte Philanthrop und Großkaufmann Herr Nathan Strauß in New York hat an W.T.B. den **Betrag von 100 000 Mark** (einhunderttausend Mark) zugunsten der Opfer der Oppauer Explosion überwiesen mit dem **Auftrag, ihn zur Unterstützung der Kinder** zu verwenden. Wir haben die Spende an den Reichshilfsausschuß für Oppau weitergegeben und die Zusicherung erhalten, daß die Summe entsprechend dem Wunsche des hochherzigen Spenders verwendet werden wird.

Das Deutsche Rote Kreuz wurde benachrichtigt, daß die „New Yorker Staatszeitung" im Auftrage des Central Relief Commitee neuerdings **einen Sammelbetrag von über einer halben Million Mark** für Unterstützung der Notleidenden in Oppau durch Kabel überwiesen hat.

Weitere Spenden

Die Stadtgemeinde München hat zur Linderung der Not in **Oppau 100 000 Mark** zur Verfügung gestellt.

Die **Breslauer Stadtverordnetenversammlung** bewilligte in ihrer Sitzung **den Betrag von 25 000 Mark** für die Hinterbliebenen der Opfer der Oppauer Explosionskatastrophe.

Die **braunschweigische** Staatsregierung hat für die Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe von Oppau **100 000 Mark** bewilligt. Weiter wurde beschlossen, an die braunschweigische Bevölkerung einen allgemeinen **Aufruf zur öffentlichen Sammlung für die notleidenden Angehörigen** der Verunglückten zu richten.

Das **mecklenburgische Staatsministerium** hat beschlossen, zur Linderung der Not der durch das Explosionsunglück in Oppau Betroffenen **100 000 Mark** zu bewilligen.

Der **Deutsche Bauarbeiterverband,** Sitz Hamburg, hat der Sammlung des Reichshilfsausschusses für Oppau **250 000 Mark** überwiesen.

Eine vorbildliche Opferwilligkeit entfaltet die Stadt Pirmasens. Bisher wurden bereits **mehr als eine Viertelmillion Mark** freiwillige Spenden für Oppau aufgebracht. 40 Familien erklärten sich bereit, Waisenkindern aus Oppau Aufnahme zu gewähren.

Der für Oberschlesien geplant gewesene Opfertag **in Heidelberg** am Sonntag wurde für Oppau umgestellt und erbrachte **120 000 Mark.** Hierzu treten Sammlungen der Banken und Presse, die bisher **90 000 Mark** erbrachten.

Auf Anregung des **Niederländischen Generalkonsuls** in Frankfurt a. M. wird **in Holland eine Unterstützungsaktion für die Opfer von Oppau** eingeleitet werden, an der sich besonders die großen Banken beteiligen werden.

Der Leiter des englischen **Generalkonsulats in München,** Botschaftsrat Seeds, hat dem Präsidenten des bayerischen **Landtages 5000 M. für die Opfer der Katastrophe in Oppau übersandt.**

Mehr Würde!

Der Reichshilfsausschuß für Oppau teilt mit: In der Reichstagssitzung am Mittwoch, den 28. September, ist **anläßlich** der Beratung über das Oppauer Unglück von mehreren Seiten schon auf die geschmacklose Form hingewiesen worden, in der sich vielfach Sammlungsunternehmungen zugunsten der Oppauer Opfer vollziehen. Der Reichshilfsausschuß für Oppau **bittet, der Würde und der Größe der Trauer über das Oppauer Unglück entsprechend, geräuschvolle Lustbarkeiten, Kabarettaufführungen und ähnliches nicht zum Deckmantel von Sammlungen für Oppau zu machen.** Er glaubt des Einverständnisses weiter Volksschichten sicher zu sein, wenn er die Auffassung vertritt, daß angesichts der Trauer, die über Tausende von Familien durch das Oppauer Unglück gebracht ist, Würde und Anstand die gerügten Geschmacklosigkeiten von selbst verbieten sollten.

Er macht weiter darauf aufmerksam, daß nach zahlreich vorliegenden Meldungen auch das Unglück von Oppau leider wieder dazu dienen muß, um schwindelhaften Sammlern die Taschen zu füllen. Die von dem Reichshilfsausschuß und den örtlichen Sammelausschüssen eröffneten Sammelstellen (u. a. die Reichsbank, sämtliche Banken, Postanstalten und Sparkassen) bieten hinreichende Gelegenheit, den für Oppau zu entrichtenden Beitrag an die richtige Stelle zu geben.

Der Reichshilfsausschuß gibt weiter bekannt, daß außer den bereits genannten Annahmestellen von Spenden auch die Sparkassen sich bereit erklärt haben, Beiträge entgegenzunehmen.

De Valera nimmt an

London, 30. September.

De Valera hat die Einladung Lloyd Georges zu einer Konferenz angenommen.

Der **Aeltestenrat des Reichstages** beschloß am Freitag, den Untersuchungsausschuß über die Oppauer Katastrophe aus acht Mitgliedern zusammenzusetzen; jede Fraktion soll einen Vertreter entsenden. Das **Gesetz über die Beamtenräte** soll nicht dem sozialen, sondern dem Beamtenausschuß überwiesen werden. Offen geblieben ist noch die Frage, ob am Montag und Dienstag das Plenum über die Devisenspekulation verhandeln soll. Die Entscheidung wird am Sonnabend getroffen.

Der französische Botschafter Charles Laurent ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

Ausschneiden!

Drucksache

An die

Hauptexpedition der „Freiheit"

Berlin C 2

Breite Straße 8-9

Billige Schuhwaren

Wegen Umbau verkaufen wir nur bis Mittwoch, d. 5. Oktober, zu diesen enorm billigen Preisen. Nutzen Sie die Zeit und machen Sie von dieser Gelegenheit, Ihren Schuhbedarf günstig einzudecken, recht ausgiebigen Gebrauch.

Wir verkaufen im Auftrage einer in Auflösung begriffenen Heeres-Verwaltungsstelle:

Sandalen
aus starkem Militärleder, holzgenagelt, 27/30 **25⁷⁵**, 31/35 **30⁷⁵**

Kinderstiefel
verschiedene Formen, kräftiger Strapazier- und Schulstiefel
25/26 **35⁷⁵** 27/30 **47⁷⁵** 31/35 **53⁷⁵** 36/40 **67⁷⁵**

Arbeitsstiefel
sehr gut instand gesetzter Militärstiefel **56⁷⁵**

Ferner von unserem eigenen Lager:

Damen-Halbschuhe R.-Chevreau, Lackkappe, moderne Form **78⁷⁵**

Damen-Lackled.-Halbschuhe Moderne Ausführungen **148⁵⁰**

Damen-Stiefel Rindbox, mit Derby, Strapazierstiefel **88⁷⁵**

Damen-Stiefel echt Chevreau, gute Qualität, sehr elegant **138⁵⁰**

Herren-Stiefel echt Rindbox, sehr dauerhaft, gutes Fabrikat **158⁵⁰**

Herren-Stiefel R.-Chevreau, gutes Material, bequeme Form **148⁵⁰**

Herren-Stiefel echt Chevreau und Box Calf, Orig. Goodjear-Welt **198⁵⁰**

R.-Chevreau-Knabenstiefel Derby, Lackkappe, sehr modern, Größe 36/40. **122⁵⁰**

Charlottenburg

Letzter Tag Mittwoch, 5. Oktober

Wilmersdorfer Str. 117

Schuhwarenhaus Theodor David

Theater und Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr: Der Bauer als Millionär

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. 7½ Uhr: Der Schrei nach Ruhe. Direkt.: Max Reinhardt

Deutsches Theater 7½ Uhr: Koan

Kammerspiele 7½ Uhr: Die Jungfern vom Bischofsberg

Großes Schauspielhaus Kunststraße 7 Uhr: Die Räuber (Außer Abonnement)

Theater i. d. Königgrätzer Str.: 7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue (Gläßner, Richard, Engl, Bespermann, Seleda, Bilbe)

Komödienhaus: 8 Uhr: Max Pallenberg, Hans Waßmann i. neuen Burlesken-Schwank Jonnys Busenfreund

Berliner Theater: Täglich 7.30 Uhr: Prinzessin Olala von Bernauer und Schanzer. Musik von Jean Gilbert. Hauptdarsteller: Fritzi Massary u. G. Ralph Arthur Roberts, Betty Feiner, Herbert Kiper

Staatstheater. Opernhaus: Zum 100. Male 7½ Uhr: Bohème. Schauspielhaus 7½ Uhr: Die Räuber

Wallner-Theater Täglich 7.30 Uhr: Nixchen

Kleines Theater ½8 Uhr: Carola Toelle in Frl. Josefe — meine Frau

Residenz-Theater 7½ Uhr: Olga Limburg, Kaiser-Titz in Der König (Le roi)

Tonfilm-Theater Täglich 7½ Uhr: Tod und Teufel von Frank Wedekind. Vorher: Der Kammersänger

Metropol-Kabarett Behrenstraße 54. 8 Uhr: „Die tanzenden Funken" Jos and Eva Farren, Lilli and Foxi, Paul Coradini, Tanz Carmen, Ott und Lly, John Hamilton, Harwards Harlequintes, Ludwig Kiermont, 2 Gerards, Braun und Braun, 5 Quirotts

Theater des Ostens 7½ Uhr: Das Glück der kleinen Leute

GROSSES SCHAUSPIELHAUS

Täglich 7 Uhr abends

DIE RÄUBER

Trauerspiel in 5 Akten von Schiller / Regie: KARLHEINZ MARTIN

Mitwirkende: Friedrich Kühne / Paul Hartmann / Werner Krauss / Margarete Christians / Hagenbruch / Rainer / Wilhelm Dieterle / Ritter / Raul Lange / Kampers / Nunberg / Diegelmann / Eichhorn / Richard / Fürst / Nemetz / v. Alten / Rodenberg / Daghofer / Loos / Amendt / Bergmann / Großmann

---

Gemeinnütziger Obstbau- und Heimstättenverein „Frei-Land" Eing. Gen. m. b. H. **Müncheberg i. M.**

Sonnabend, 15. Oktob. 1921, nachm. 4 Uhr, im Lokal Andreas-Festsäle, kl. Saal, Andreasstraße 21

Außerord. Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Situationsbericht
2. Finanzierung d. Betriebes
3. Neues Bauprojekt
4. Verschiedenes

Um zahlreiches u. pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand:
H. Gröber, A. Müller, R. Bishm

Altmetalle zahle hohe Preise. Oberberger Str. 1, Reinickendorfer Str. 107, 1. Hof, Keller.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714

Am Montag, den 3. Oktober 1921, abends 5 Uhr, im Dresdner Garten, Dresdner Str. 45a, Ecke Prinzenstr.

Branchen-Versammlung
der Emaillierer und verwandten Berufe Berlins und Umgegend

Tagesordnung:
1. Aussprache über unsere Lohnverhältnisse
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes

Mitgliedsbuch legitimiert

Achtung! Bauschlosser Achtung!

Am Montag, den 3. Oktober 1921, abends 5 Uhr, in der Schulaula, Weinmeisterstraße 17

Branchen-Versammlung
der Bauschlosser und der Kollegen aus den Betrieben für gelochte Bleche

Tagesordnung:
1. Bericht der Verhandlungskommission
2. Stellungnahme dazu

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Die Branchenleitung erwartet, daß in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung von den Betrieben sämtliche Kollegen pünktlich erscheinen, da der Saal um 7 Uhr geräumt sein muß.

Pl. Ortsverwaltung.

Casino-Theater 7½ Uhr: Exzellenz Maxe. Sig. 3½: Melod. d. Herzens

Theater a. Kottbus. Tor Tel.: Mpl. 10077. Tägl. 7½ Uhr u. Stg. nachm. 3 U. Billingen-Konzert Elite-Sänger. Bok. 11-1½ u. 4-6

Theater des Ostens (Rose-Theater) Gr. Frankfurter Str. 132. Unter der neuen Direktion Leopold Suenger. Erstaufführung am Sonnabend, 1. Oktober 7½ Uhr: Das Glück der kleinen Leute. Volkstück mit Gesang in 3 Akten v. J. Brandt. Musik v. Fritz Reuper. Vorverkauf von Donnerstag an Theaterk. v. 10-1 geöffnet. Preise der Plätze von 4.— bis 10.— Mk.

Theater am Nollendorfplatz 8 Uhr: Der Vetter aus Dingsda

Walhalla-Theater 7.30 Uhr: Die schöne Helena

Apollotheater Friedrichstraße 218. Unter persönlicher Leitung des Komponisten Paul Lincke: Frau Luna. Ausstattungsoperette

Circus Busch Tgl. 7½, Stg. auch 3 U. Bahnhof Börse aussteigen! Stg. 3 U. 1 Kind frei! Bokf. Wertheim u. Circusk.

Circus Taraselli Bahnhof Friedrichstr. Heute 4 u. 8 U. Vorstellung

LTL. Lattan-Theater-Lichtspiele, Reichenberger Str. 34. Eröffn. 1. Oktober. Uraufführung: Neptuns Tochter mit Anette Kellermann. 7 Uhr, 9 Uhr. Großes Orchester. Sonntag: Beg. 4 Uhr

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Broschüren. Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Garderobe
für den Herbst und Winter auf bequemste Teilzahlung
HERREN- Anzüge, Hosen, Raglans, Schlüpfer, Ulster, Jünglings-Anzüge
DAMEN- Paletots, Kostüme, Röcke, Kleider.
Gute Ware, solide Preise, große Auswahl
M. Beiser, Lothringer Str. 67

Graufüchse 350 außerdem großen Posten Kreuzfüchse, Zobelfüchse, Silberfüchse, Prachtexemplare, Riesenauswahl, fabelhaft billig
Weinstein, Libauer Straße 5
Drei Minuten von Warschauer Brücke

Trauringe
zu Engrospreisen direkt ab Fabrik.

1 Dukaten-Trauring,	900	gestempelt	75 M.,
1 Trauring	585	„	68 „
1 Trauring	333	„	30 „

Wir fabrizieren nur massive Trauringe ohne Lötfuge.
Trauringfabrik H. Schneider & Sohn, Brunnenstraße 41. Kontor und Verkaufsräume vorn 1 Treppe.

Kapitän-Kautabak einmal gepreßt — immer prickelt. Feinst. Geschmack, stets frisch. Zu haben in den Zigarrengeschäften, wo Neue Verkaufsstellen richtet ein: Generalvertrieb E. Röcker, Berlin, Lichtenberger Straße 22 (Tel.: Kgh. 1061).

Zur **Jugendweihe**

Einladungskarten
Glückwunschkarten
Geschenkwerke

für die schulentlassene Jugend mit gediegenem Inhalt in wirklich vornehmer Ausstattung

Zu beziehen durch die
Buchhdlg. „Freiheit"
Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Tüchtige **Verkäuferinnen** für
Korsette
Kleiderstoffe
Leinen- u. Baumwollwaren
Trikotagen
Herrenartikel
Spielwaren
sofort gesucht.
Meldungen 5—7 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.
Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 118/119.

Geschäftsführer für Parteibetrieb, langjähriger, anerkannt tüchtiger Kaufmann, Buchdruck- und Zeitungsfachmann, firm in allen kaufmännischen und technischen Fragen, fleißiger, pflichtbewußter Arbeiter, kann sich zu verändern. Angebote an die Haupt-Geschäftsstelle der „Freiheit" unter „V. 92" erbeten.

Auf Teilzahlung Geöffnet 9—7
Anzüge, Covercoats, Ulster, Schlüpfer, Einsegnungs-Anzüge bequeme bisher. Ratenzahlg. (Kein Laden) Leiser **Gottlieb** Nollendorfstr. 22a
Sonntags 9-1

Seto Gladen in großer Auswahl sowie Stangen Bonbons, Seife, allerbestes für Händler und Wiederverkäufer. Schneider, Rodenbergstr. 27

Bilder Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9

Neu aufgenommen * Volle Formate

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg

Ausschneiden!

Unterhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der wöchentlich einmal erscheinenden
illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt"

zum Preise von Mk. 12.— monatl., Mk. 6.— halbmonatl.
bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____

Ort: _____ Straße: _____ Nr. _____

(Namen deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: Stadt, Kreis, Stift., Darrgeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzusenden.

Ansturm gegen die Kommunalwirtschaft

Die bürgerliche Interessenpolitik

Von Stadtrat Radtke-Neukölln

In dem bevorstehenden Wahlkampf wird von bürgerlicher Seite in unverantwortlicher Weise der Vorwurf erhoben, wir hätten durch unsere Kommunalisierungspläne den finanziellen Ruin der Stadtgemeinde herbeigeführt. „Sozialistische Mißwirtschaft“, „Rote Herrschaft-Mißwirtschaft“, „Fiasko des städtischen Regiebetriebes“ sind die seit Wochen und Monaten beliebten Ueberschriften der bürgerlichen Presse.

Demgegenüber ist zu betonen, daß von einer eigentlichen kommunalen Bewirtschaftung heute noch gar keine Rede sein kann, vielmehr handelte es sich bisher um ganz bescheidene Anfänge. Die Angreifer machen sich die Beweisführung sehr leicht, irgendeine einzelne Begebenheit wird ohne Sachkenntnis und ohne Wiedergabe der Zusammenhänge entstellt, benutzt und dann wird gegen die „rote Lotterwirtschaft“ losgedonnert. Nicht das Wohl der Gemeinde, nicht das Bestreben, die Gemeinde vor Schaden zu bewahren, ist Leitmotiv bei diesen Vorgängen, sondern die Wahrung der Interessen gewisser Händler und Unternehmerkreise, die als Zwischenglieder im Produktions- und Verteilungsprozeß auftreten. Man will alles, was nicht zu der Zunft gehört, fernhalten; man will vermeiden, daß wir so in die Widerwärtigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise eindringen und ihr Wirken an Einzelheiten aufdecken.

Es entspricht der Moral bürgerlicher Kreise, wenn sich das Unternehmertum zu Syndikaten, Trusts, Kartellen und sonstigen Interessengemeinschaften zusammenschließt, um Preise und Lieferungen zu ihrem Vorteil und zum Schaden der Allgemeinheit zu bestimmen. Was schadet es jenen Kreisen, wenn die Unternehmer bei Submissionen unter sich die Preisangebote festlegen, wenn der Unternehmer, dem die Arbeit dann zufällt, einen bestimmten Anteil abgeben muß. So etwas findet man ganz in Ordnung, das ist absolut keine Korruption und keine Mißwirtschaft! Erreichte man dann bei dem Submissionsangebot nicht ganz sein Ziel, so bot sich noch bei den nachträglichen Lohnarbeiten, Veränderungen und anderen Nacharbeiten, Gelegenheit, das Versäumte nachzuholen. Bei der Beschönigung solcher Arbeiten stieß man auf keine großen Schwierigkeiten.

Heute ist es hier schon etwas anders geworden, es treten gut geleitete Kommunalbetriebe mit in Konkurrenz, sie sind in der Lage, die Arbeiten zumindest so gut auszuführen, als die Privatunternehmer, sie ermitteln ihre Preise nach den tatsächlichen Kosten von Material und Löhnen mit einem mäßigen Gewinnaufschlag. Sie schützen die Stadtgemeinde vor Uebervorteilung. Dieser Grund allein würde schon ihre Daseinsberechtigung erweisen.

Nur deshalb die ungeheure Wut jener Kreise, daher die Anfeindungen und Verdächtigungen; es ist nicht mehr möglich, willkürliche Forderungen aufzustellen und nach eigenem Ermessen zu bestimmen.

Selbst wenn diese Art kommunaler Betriebe keine Ueberschüsse brächten, vielleicht noch minimale Zuschüsse erforderten, hätten wir durch ihre Wirkung auf die Preisgebahrung enorme Summen erspart und müßten von allen Stadtvertretern, die nicht Sonderinteressen verfolgen, gefördert werden. Daß dem nicht so ist, ist allseitig bekannt, haben doch die Kommunalbetriebe in der eigenen Verwaltung noch viel Widerstand zu überwinden.

Wir weisen es entschieden zurück, daß uns die Mißerfolge der Kriegs- und Zwangswirtschaft an die Rockschöße gehängt werden, wir haben in der Kritik dieser Einrichtungen nicht zurückgehalten und vom August 1914 an Verbesserungsvorschläge gemacht. Diese Einrichtungen hat die Sozialdemokratie nicht organisiert, sie hat auch bei der Verwaltung keinen maßgebenden Einfluß gehabt. Das waren bürgerliche Leute mit den so gerühmten „Fachkenntnissen“ und der so bewährten „Uneigennützigkeit“.

Wir haben versucht, diese Einrichtungen zum Wohle der Allgemeinheit umzustellen und auszubauen. Greifen wir nur

ein Beispiel

heraus. Die Stadtgemeinde Berlin stellt ihre Kanalanlagen, Eisenbahnanschlüsse, Lagergebäude, Zentralmarkthalle, Markthallen und andere Baulichkeiten und Plätze privaten Groß- und Kleinhändlern zur Verfügung, damit die Lebensmittel und Bedarfsartikel vom Produzenten bis zum Konsumenten erst durch ein halbes Dutzend und mehr Hände gehen können. Alle am Umsatz beteiligte Kreise müssen erst ihren „angemessenen Verdienst“ an der Ware haben, und verteuern sie dadurch so, daß sie für breite Kreise unerschwinglich wird. Die Stadt bekommt für ihre Anlagen Pächte und Mieten, ein Heer von Preistreibern und Kettenhändlern hat die Möglichkeit, die Bevölkerung auszubeuten. Dafür hat Berlin sogleich die Pflicht, die durch Hunger und Unterernährung zugrunde gerichteten Bevölkerungsteile in ihren Krankenanstalten oder durch die Wohlfahrtsämter zu unterstützen.

Wäre es nicht geradezu Pflicht der Gemeinde, die Versorgung der Bevölkerung in die eigene Hand zu nehmen, wo sie alle Einrichtungen besitzt? Was könnte erspart werden durch große zentrale Einkäufe bei den Produzenten und direkter Abgabe an die Konsumenten! Bei mäßigen Zwischenverdiensten könnte es ermöglicht werden, daß mancher, der heute wegen der teuren Preise hungern muß, sich auch einmal satt essen könnte.

Doch dazu ist die heutige Verwaltung Berlins nicht imstande, bekommt sie es doch noch nicht einmal fertig, alle auf den eigenen Gütern erzeugten Produkte den städtischen Anstalten direkt zuzuführen. Auch hier muß der Privatunternehmer einspringen, er kauft die Waren von der Stadt und verkauft sie dann an dieselbe Stadt mit Gewinn wieder.

Welche Vorteile für die Stadtgemeinde, wenn sie mit einem großen Teil der Einwohnerschaft inniger verwachsen ist, wenn ein jeder weiß, die Gemeinde selbst ist bemüht, ihm Vorteile zu verschaffen, ihn vor Uebervorteilung zu schützen. Mit welcher Freude könnten Tausende an die Arbeit gehen, wenn sie wüßten, das Ergebnis ihrer Tätigkeit käme wieder der Allgemeinheit zugute, und sie selbst wären nicht der Willkür des Kapitalismus unterworfen.

Eine bürgerliche Mehrheit in der zukünftigen Stadtverordnetenversammlung bedeutet Beseitigung der so bescheidenen Anfänge in der Gemeinwirtschaft, bedeutet die Gefahr, daß in allen Betrieben das Privatkapital eingeschaltet wird, bedeutet Ausbeutung der Stadt und der bei ihr tätigen Arbeiter durch den nimmersatten Kapitalismus.

Wollt ihr das verhüten, dann wählt am 16. Oktober die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie!

Die Jungfernheide als Volkspark

Die Ausgestaltung der Jungfernheide zu einem Volkspark will das Bezirksamt Charlottenburg in Angriff nehmen und beantragt dafür bei der Stadtgemeinde Berlin die Bewilligung von 6 Millionen Mark. Die Arbeiten sollen als Notstandsarbeiten, zu denen Reich und Staat 2 Millionen Mark zuschießen, ausgeführt werden. Der vom Charlottenburger städtischen Gartendirektor Barth herrührende Entwurf geht von der Idee aus, nicht einen Ziergart, sondern einen wahren Volkspark zu schaffen. Die Jungfernheide soll zunächst durch Vervollständigung der Waldpflanzungen und Beseitigung der im Kriege entstandenen Lücken im Baumbestand wieder ihr schönes waldmäßiges Aussehen erhalten. Umfangreiche Wegeanlagen sollen sie systematisch durchziehen. Insbesondere sind vorgesehen die Anlagen eines 30 Morgen großen Teiches mit Badeanstalt und große Flächen für Rudersport, welche im Winter als Eisbahn benutzt werden können. Für Kindererholungsstätten mit Unterkunft und Speiseräumen sind 40 Morgen vorgesehen. Der vorgesehene Platz könnte täglich von etwa 6000 Kindern besucht werden. An die Spielplätze schließt sich eine Planschwiese an. Auf den Mäckeritzwiesen sind Sport- und Spielplätze sowie eine Volkswiese vorgesehen. Hier sollen große Fußballplätze, zwei kleinere Spielplätze für Wurf- und Ballspiele sowie eine 400 Meter lange Laufbahn geschaffen werden. Zum Schutze soll der gesamte Waldpark eingezäunt werden, um den schönen, alten Baumbestand, namentlich an Eichen und Buchen, sicherzustellen.

Damit wir nicht ersticken ....

Draußen, irgendwo im Norden Berlins, zwischen Pankow und Schönhausen, sah ich eines Tages in einem hübschen Garten einen mächtigen Baum, der von unten bis obenhin von Efeu und anderen Schlingpflanzen gar gewaltig überwuchert war.

Der Besitzer dieses Fleckchens Erde hatte gewiß vor langen Jahren ein paar Stecklinge Efeu in das Erdreich um den Baum gepflanzt und sich gefreut am Wachstum des Immergrünen ... Wesensverwandte Ranken waren hinzugekommen, und nun erschien der Stamm des Baumes wie von einem Blätterkleid umhüllt.

Und als ich eines Tages abermals einen Spaziergang da hinaus machte ... es war im hohen Sommer ... siehe, das Blattwerk um den Stamm wucherte nach wie vor in Hülle und Fülle, aber die Krone des Baumes war dem Sommer vorausgeeilt und zeigte schon die Farben des Herbstes.

Gestern aber ...?

Just kam ich hinzu, wie der Mann, dem der Garten gehört, mit einer Stange die Efeuranken herunterriß und mit einem Beile den Schlingpflanzen an die Wurzel ging.

„Der Baum geht ein, wenn ich's nicht tue ...“ antwortete er mir auf meine Frage, „er erstickt ...“

Und als das Blattwerk der Schmarotzer herunter war, da zeigte sich's, daß im Schutze des Gerankes allerhand Ungeziefer hauste, Flechten und Schwämme, Käfer und Würmer denen die warme Feuchtigkeit behagliche Nester bot.

Im nächsten Jahre aber, da wird der schöne Baum sich erholt haben und wird wieder im herrlichsten Schmucke dastehen, wird nicht vorzeitig dahinwelken und atmen können, aufatmen nach einer Zeit schwerster Bedrückung ...

Gleicht dieser Baum nicht der armen deutschen Republik? Auch sie droht zu ersticken unter dem Gerank der Schieber aller Art, die ihr das Mark aus allen Poren saugen, eng verschlungen mit dem Geschmeiß der monarchistischen Wühler und Putschisten, vereint im Bestreben, sich auf unsere Kosten zu mästen, ungerührt von dem Elend, das sie heraufführen.

Laßt uns mit scharfem Beil diesem Unkraut an die Wurzel gehen, auf daß es sich nie mehr breitmachen kann.

Sonst ersticken wir!

P.

Schikanen gegen Erwerbslose

Zahlreiche an uns gelangende Zuschriften führen Klage über mannigfache unerfreuliche Zustände im Bereich der Erwerbslosenfürsorge. So wird uns ein Fall geschildert, in dem ein durchaus berücksichtigenswerter Antragsteller, dessen Sohn einen sehr wenig einträglichen Posten in einem städtischen Bureau bekleidet, moralisch gezwungen worden sein soll, den gestellten Antrag zurückzuziehen, indem man ihm damit drohte, daß sonst sein Sohn entlassen werden würde. Als „wirtschaftlich Starker“ wäre der Sohn in der Lage, den Vater zu unterstützen. Täte er es nicht in genügendem Umfang, so müsse er sich die Folgen selbst zuschreiben. Die wirtschaftliche Stärke des Sohnes scheint der Erwerbslosenfürsorge über allen Zweifel erhaben zu sein. In Wahrheit leitet sie sich her

a) von einem Einkommen, das noch nicht den dringendsten Existenzbedarf deckt,
b) von einem Guthaben auf der Sparkasse in Höhe von einigen hundert Mark.

Es gibt gewiß, wie die Dinge heute liegen, sehr viele, die noch viel schlechter daran sind als dieser Sohn, aber ihn als wirtschaftlich stark anzusprechen, kann, die uns gemachten Angaben als wahr unterstellt, nur ein vertrocknetes Bureaukratengehirn fertigbringen.

In einem anderen Fall war ein Antragsteller großen Taktlosigkeiten des Beamten, mit dem er zu tun hatte, ausgesetzt. Der betreffende Herr interessierte sich weniger für die Verhältnisse als für das angebliche „Verhältnis“ des Antragstellers. Als solches betrachtete er nämlich eine Untermieterin desselben und erklärte, er würde den Vermerk: „Lebt in wilder Ehe“ zu den Akten nehmen, obzwar ihm wiederholt versichert wurde, daß seine Auffassung jeder Begründung entbehre. Ob das letztere der Fall ist oder nicht, kann ruhig dahingestellt bleiben. Entschieden zurückgewiesen muß es aber werden, daß Beamte der Erwerbslosenfürsorge in dieser Weise vorgehen.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

(22. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Er fand seine Frau im Sonnenschein vor dem Hause sitzen, ihre Mutter daneben. Nichts hatte er in Feld und Hof gesehen, an nichts gedacht, nur sie, nur ihre blassen Hände sah er über dem schweren Leib; aller Groll versank, er kam mit ausgestreckten Händen auf sie zu.

Doch Kätchen stieß sie hart zurück, ihre Augen wurden starr vor Wut, alles Blut stürzte in ihr weißes Gesicht.

„So kommst du endlich, du?“ keuchte sie. „Derweilen hätte ich verderben und sterben können! Hast du nun alles vergeudet und verpraßt? Du, nur du bist schuld, wenn wir elend zugrunde gehen. Deshalb hab' ich dich nicht geheiratet. Mach nur so zu! Verhungern und verfaulen sollst du auf deinem elenden Hof! Wär' ich doch nie da hereingekommen!“

Das war ganz die Stimme ihrer Mutter, — und ehe Peter wußte, was er tat, hatte er ihren Kopf zwischen seinen Fäusten, sein Blut brauste wie ein Wasserfall; er stieß die kreischende Alte zurück, die sich an ihn hing. —

Da war's, als wenn wieder der kleine Schatten neben ihm aufstünde, seine Hände sanken zurück, er ging still, furchtbar gebeugt ins Haus.

* * *

Es wurde ein schwerer Winter für den Felsenbrunner Hof. Das Vieh mußte wegen Futtermangels zum großen Teil verkauft werden, und der Erlös war schnell durch die drohenden Termine verschlungen. Mißernte, das Heu verfault, das Ohmet verbrannt, tolles Wirtschaften — das Geld wurde rar, alles steckte in den Gründen, zum Leben mußte der Jud vorschießen. So oft er grinsend erschien, lief es Peter eiskalt den Rücken hinunter; er hätte ihn zu Boden schlagen mögen, und doch mußte er ihn haben, er war noch der anständigste unter all den Halunken, die sich an ihn drängten.

Und gerade jetzt hätte er die Wiesen von den Thomanns haben können, um einen Preis, der eigentlich gering war. Aber er konnte ja nicht zahlen! Noch mehr Schulden machen, er gar den Thomanns schuldig bleiben? Nein und dreimal nein! War nur der Winter vorbei! Er hatte die Spitze Sippe sowieso in der Hand. Er durfte nur alles Ackerland zu Wiesen machen und seine Bewässerungsanlagen ausnützen! Dann würden sie ihm die Wiesen gern für ein Schandgeld geben, dann hatte er sie kirre gemacht! Da lagen schon seine Pläne fix und fertig. Die sollten Augen machen mit ihrer Wasserkraft! Betteln sollten sie bei ihm!

Der Winter war viel zu früh und gleich mit strengem Regiment gekommen. Die Händler lauerten um den Hof und zogen unter irgendeinem Vorwand die Torglocke; also war es schon ruchbar geworden, daß es kein bares Geld mehr auf dem Felsenbrunner Hof gab. Kein Wunder, wenn es die Leute wußten, konnten sie ihre Dienstboten ja nicht mehr regelmäßig bezahlen. Die verließen den Hof ohne Kündigung, auch ohne daß jemand den Vorschlag machte, sie aufzuhalten. Peter verdroß die armselige Wirtschaft; er nahm sich um nichts mehr an und verlor alle Freude an der Landwirtschaft. Scheunen, Hof und Stall waren voll wüsten Durcheinanders, ohne daß er Hand anlegte, Ordnung in den Schlendrian zu bringen; der größte Teil des Viehes war fort. Was sollte er denn Vieh den Winter über durchfüttern, wo er kein Futter hatte? Die paar Stücke waren genug, und die konnte der alte Knecht gerade noch versorgen.

„Wäre der doch der alte Hannes gewesen“, dachte Peter oft, wenn er den Alten herumschleichen sah, der seiner Frau ergebenster Diener und Vertrauter war.

„Gib doch Feld her, verkauf doch Wiesen“, kam Kätchen eines Tages verstört und schaute ihn halb bittend, halb feindselig an.

Seit der Winter da war, seit niemand mehr nach dem einsamen Felsenbrunner Hof kam und sie auch nicht mehr zur Stadt fuhr, hatte sie die Gewohnheit angenommen, den ganzen Tag in alten, weiten, ja sogar in schmutzigen Kleidern umherzuziehen. Sich für Peter ordentlich zu kleiden, fiel ihr nicht mehr ein; sie war müde, gleichgültig, stumpf und trotzig.

„Und wenn wir alle krepieren müssen“, schrie er sie an, „nichts gebe ich her, gar nichts“.

Es war sinnlos, was er sagte, er wußte es. Und doch konnte er nicht anders. Wie unter einem Zwange mußte er ihr wehtun, mußte sie leiden machen. — Wie sonderbar! Er hatte sich selbst schon so und so oft gesagt: „Fort mit der Landwirtschaft! Es kommt eine andere Zeit; ich muß an die Verwirklichung meiner andern Projekte gehen.“ Und doch gab er Kätchen nicht nach, er konnte nicht; nicht nagelgroß gab er her. Wenn er so oben am Gangfenster stand und seinen Besitz übersah, biß er die Zähne übereinander; der sollte ihm bleiben, sein ganzes Herz hing an ihm, an der Heimat. Er hatte ihn wieder zum Felsenbrunner Hof gebracht, und er wollte nicht, daß auch nur ein kleiner wieder davon wegkam.

In seinen Ohren summte das Lied, das er seine[illegible] hatte singen hören, das er auch in seinen Wäldern [illegible] Norden Amerikas nicht vergessen hatte: „Du bist [illegible] mein Land“.

Kätchen sprach kein Wort mehr mit ihm; sie aß ni[illegible] Tische, nur heimlich nahm sie Nahrung zu sich und [illegible] die bösen und anklagenden Augen scheu auf ihn ge[illegible] wie ein lebendiger Vorwurf um ihn herum.

Es wurde nicht nur ein früher, es wurde auch stre[illegible] Winter. Peter kam sich wie eingesperrt, wie in die Ei[illegible] verbannt vor, neben der wortkargen verbissenen Frau. [illegible] Schnee lag schon vor Weihnachten wie eine Mauer um de[illegible] Hof, vom Hochwald scholl das Krachen berstender Bäume, es fror, daß die Kälte bis in den Stall drang. Dann kamen unerwartet wieder warme Sonnentage, die den Schnee aufsaugten und wieder strenger Frost, der die Wintersaat, die schön gekeimt, braun und rostig machte, daß sie aussah, als wolle sie sich wieder in die Erde verkriechen.

Peter hatte ein ruhloses Wandern im Hause angefangen und sich in Erinnerungen und bösen Gedanken verloren. Mit einem Gefühl, gemischt aus Grauen und einer seltsamen Neugierde, hatte er die Zimmer der Mutter aufgeschlossen und saß dort stundenlang über ihren Büchern starr vor Kälte, stets mit Empfindungen der Beklemmung und des Gefangenseins. Dennoch reizte es ihn, Schritt für Schritt ihrem Wesen nachzugehen, sich in ihre Sorgen und Qualen zu versenken und alles wieder aufleben zu lassen, was er selbst mit ihr und um sie gelitten.

So nahte Weihnachten, und sie waren noch wie begraben im Schnee.

Peter griff sich manchmal an den Kopf; war er denn noch derselbe Mensch, der die harten, kostbaren Winter da oben im Norden so kaltblütig ertragen, den die Kälte gestählt und aufgerüttelt hatte? Sein Kopf ward immer dumpfer und dumpfer, er verkroch sich immer mehr in sich selbst. Kätchen mied ihn und mied die Zimmer oben, die er sonst auch nicht betreten hatte; sie saß in der Küche, wenn sie sich nicht in das Zimmer des alten Knechtes schlich.

Am Weihnachtstag hatte der Alte ein kleines Bäumchen geholt und war gerade daran, ein paar Aepfel aufzuhängen und Lichter aufzustecken, als ihn Kätchen nach der weisen Frau und der Wärterin schickte. Mühsam, und ohne Peter ein Wort zu sagen, schleppte sie sich nach oben.

(Fortsetzung folgt.)

Morgen, Sonntag früh, in der Stadtgemeinde Berlin

Flugblattverbreitung

von den bekannten Lokalen aus

keinen Fall steht es ihnen zu, sich zu Sittenrichtern aufzuwerfen und Menschen, die die physische und seelische Not der Arbeitslosigkeit quält, unzart und schikanös zu behandeln.

Die neuen Fernsprechgebühren

Heute treten die neuen gesetzlichen Bestimmungen über die Fernsprechgebühren in Kraft. Es werden von jetzt ab drei Arten von Gebühren erhoben. Eine einmal zu entrichtende Einrichtungsgebühr, eine Grundgebühr und die Ortsgesprächsgebühren.

Die Einrichtungsgebühr wird als einmaliger Zuschuß für die Herstellung eines Anschlusses erhoben. Die Grundgebühr, die in festen Sätzen erhoben wird, richtet sich nach dem Umfang des Ortsnetzes. Die Ortsgesprächgebühren betragen für jedes von einem Anschluß aus geführten Gespräch 25 Pfg.

Für Benutzung öffentlicher Fernsprechstellen ist ein Satz von 50 Pfennigen pro Gespräch in Aussicht genommen. Es wird beabsichtigt, solche öffentliche Fernsprechstellen in verkehrsreicher Gegend auch bei Privaten (Läden, Gastwirtschaften) einzurichten. Im übrigen können sich auch private Teilnehmer bei Benutzung ihres Anschlusses eine Vergütung zahlen lassen; wieviel sie sich dafür erstatten lassen wollen, ist der freien Vereinbarung überlassen.

Die Verrechnung der Steuermarken

Wiederholt ist darüber geklagt worden, daß die Steuerhebestellen Steuerkartenblätter zurückweisen, auf denen der Arbeitgeber Steuermarken für die Zeit bis zum 30. März 1921 (Rechnungsjahr 1920) und zugleich für die spätere Zeit (Rechnungsjahr 1921) eingeklebt sind. Mitunter werde auch verlangt, daß die für April 1921 oder später eingeklebten Steuermarken losgelöst und auf ein besonderes Blatt geklebt werden.

Zweifellos ist das vorerwähnte Verfahren der Arbeitgeber nicht zu billigen, da es gegen den klaren Wortlaut der jeder Steuerkarte vorgehefteten Bestimmungen verstößt, wonach für jedes Vierteljahr mit einem neuen Blatt zu beginnen ist. Um aber allen Beteiligten Weiterungen zu ersparen, wird für den Bereich des Landesfinanzamts Groß-Berlin folgendes bestimmt:

Die zuständigen Steuerhebestellen haben derartige Kartenblätter abzunehmen und dem Steuerpflichtigen (Arbeitnehmer) neben der Steuerquittung für das Rechnungsjahr 1920 über die für das Rechnungsjahr 1921 geklebten Steuermarken eine Bescheinigung auszustellen. Die Bescheinigung stellt für den Steuerpflichtigen einen Steuerausweis für das Rechnungsjahr 1921 dar und ist sorgfältig aufzubewahren.

Der Neuköllner Urnenhain

Der städtische Urnenhain Neukölln, der als Sonderanlage des allgemeinen Friedhofs an der Rudower Straße im Jahre 1915 anläßlich der immer mehr in Aufnahme kommenden Einäscherung verstorbener Personen errichtet worden ist, hat jetzt eine neue Einteilung erfahren. Die gesamte innere Anlage von 2000 qm Raumgröße stellt nunmehr eine geschmackvolle Gruppierung zahlreicher, durch Hecken in sich abgeschlossener Urnenquartiere dar. Für jedes Einzelquartier besteht größtmöglichste Ausnutzungsfähigkeit, so daß insbesondere Familien Gewähr für eine gemeinsame Beisetzung aller Angehörigen gegeben ist. In Anbetracht der Tatsache, daß immer weitere Kreise der an sich auch billigeren Feuerbestattung den Vorzug geben, hat die neue Begräbnisstätte erhöhte Bedeutung gewonnen.

Die Bezirksversammlung des 12. Verwaltungsbezirks (Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz) hielt am Mittwoch eine Sitzung ab. Wegen des herrschenden Raummangels in den Gemeindeschulen hatte unsere Fraktion einen Antrag gestellt, die Bezirksversammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, sofort mit dem Neubau einer Doppelgemeindeschule zu beginnen. Der Antrag wurde vom Genossen Leue begründet. Er kennzeichnete die herrschenden Mißstände und verlangte schleunige Abhilfe. Für die höheren Schulen würde alles Mögliche getan, für die Gemeindeschulen habe man nie Geld. Da wir nicht in der Schuldeputation vertreten sind, so müßten wir alle Mißstände hier öffentlich zur Sprache bringen. Unser Antrag wurde angenommen. Eine interessante Aussprache gab es bei dem Antrag der Rechtssozialisten, welcher die Anschaffung der schwarz-rot-goldenen Fahnen für den Bezirk verlangte, und daß an republikanischen Fest- und Klagen geflaggt werden soll. Die Begründung durch die Sozialisten bewegte sich nur im Bitten an die Bürgerlichen, doch dem Antrage zustimmen möchten. Diese erklärten, daß sie an den schwarz-weiß-roten Farben halten. Für unsere Partei sprach Genosse Frach. Er erklärte, daß es nicht auf die Fahne auf dem Rathause ankomme, sondern auf den Geist der Leute, die im Rathause maßgebend sind. Der Geist ist jedenfalls nicht der Geist der Republik, sondern der Geist, der vor dem Kriege herrschte. Der Antrag wurde abgelehnt.

Bezirksversammlung des 17. Verwaltungsbezirks (Lichtenberg). Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen und Vornahme verschiedener Wahlen zu den Bezirksorganen, gab Bezirksstadtverordn. Arndt einen Bericht der Wohnungs-Beschwerdekommission betr. Ueberlassung von Wohnräumen im Schlosse Biesdorf an die Schupo. Unsere Genossen geißelten das eigenartige Verhalten der Kommission, daß bei einer Beschwerde gegen das Wohnungsamt nur ein Beamter desselben gehört wird, aber davon absieht, die Zeugen der Beschwerdeführer gleichfalls zu hören. Der Berichterstatter vertrat den Standpunkt, das, was in den Akten nicht stände, existiere für ihn nicht. Unser Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuß wurde angenommen. Ein Antrag, Maßnahmen zu treffen, um mit Beginn der Quäkerspeisung gleichzeitig die Schulspeisung aller Kinder der Erwerbslosen und sonstiger Bedürftiger einzuführen, wurde angenommen. Desgleichen fand ein Antrag, aus Vorbehaltsmitteln der Bezirksversammlung 30 000 Mark zur Bekämpfung der Schundliteratur und 20 000 Mark für die Jugendbühne zur Verfügung zu stellen, Annahme.

Im 15. Verwaltungsbezirk ist jetzt die Einrichtung von zweimal wöchentlich abzuhaltenden Märkten in Johannisthal, Treptow und Baumschulenweg beschlossen worden, nachdem man mit den Märkten in Oberschöneweide und Adlershof gute Erfahrungen gemacht hat. Für andere Verwaltungsbezirke liegen gleiche Anträge vor. Nach Ansicht der Behörden hat der leistungsfähige ansässige Gewerbetreibende den Wochenmarkt als Konkurrenz nicht zu fürchten.

Mehr Rücksicht auf die Laubenkolonisten! Die Bestrebungen der Laubenkolonisten finden noch immer nicht die Unterstützung der in Betracht kommenden Behörden, die sie im Hinblick auf die gesundheitsfördernde und wirtschaftliche Bedeutung, die ihnen zuzusprechen ist, beanspruchen dürfen. Wiederholt gehen uns Zuschriften zu, in denen lebhafte Klagen über mannigfache Nachteile geführt werden, unter denen die Kolonisten dadurch zu leiden haben. Besonders schwere Mißstände scheinen in der Kolonie an der Liebenwalde-Groß-Schönebecker Kleinbahn zu herrschen. Es ist Pflicht der beteiligten Behörden, für Abhilfe zu sorgen.

Proletarische Kindergärten. Meldungen zur Teilnahme an dem Einführungskursus sind sofort an die Genossen Löwenstein (nicht Löwenfeld, wie es infolge eines Druckfehlers in der am Donnerstag abend veröffentlichten Notiz heißt), Neukölln, Rathaus, und Kulisch, Bezirksamt Wedding, schriftlich zu richten.

Ein Jubilar. Auf eine 25jährige Zugehörigkeit zur Partei kann in diesen Tagen der Genosse **Wilhelm Erich**, Eberlystraße 12, der dem 17. Distrikt der 9. Abteilung des 409. Bezirks angehört, zurückblicken. Möge der treue Genosse uns noch lange erhalten bleiben!

Oeffentliche Wählerversammlung heute, abends 7 Uhr, **Biesdorf-Süd** bei Dietz, Köpenicker Straße.

Gewerkschaftliches

Die Holzindustriellen als Provokateure!

Schupo als Hellershelfer

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hatte zum 30. September 1921 eine Massenversammlung der streikenden und arbeitslosen Holzarbeiter nach der „Neuen Welt", Hasenheide, einberufen. Diese Gelegenheit hat die Firma Groschkus, unter Führung des zweiten Obermeisters der Tischlerinnung, Herrn Borsdorf, benutzt, um einen Transport von Gegenständen, die bei der Firma Groschkus angefertigt worden sind, nach der „Neuen Welt" zur Eröffnung der Tabakausstellung zu befördern. Unter Zuhilfenahme der Schupo, die mit Revolverkanonen und Karabinern bewaffnet war, trafen um 10 Uhr vormittags in zwei Möbelwagen die Gegenstände ein. Die Streikenden haben diesen Vorgang beobachtet und versuchten die Schutzpolizei von dem Streik in der Berliner Holzindustrie zu informieren, was zur Folge hatte, daß einer der Streikenden verhaftet und auf ein mitgebrachtes Lastauto geworfen wurde. Als der Verhaftete vom Wagen aus seine Kollegen über den Vorgang informierte, hatte der auf dem Wagen stehende Wachthabende sogar den elenden Mut, den Karabiner zu entsichern und auf den Verhafteten anzulegen. Wenn die Besonnenheit der Holzarbeiter nicht gesiegt hätte, wäre das größte Unheil angerichtet worden.

Diese Maßnahme erregte unter den 5000 bis 6000 anwesenden Holzarbeitern eine außerordentliche Erbitterung, und es wurde nach Feststellung der Personalien erwirkt, den Gefangenen freizubekommen. Der Arrangeur der ganzen Affäre, der zweite Obermeister der Tischlerinnung, Herr Borsdorf, versuchte mit allen Mitteln, daß die auf dem Hof angefahrenen Gegenstände am Ort bleiben sollten, was die streikenden Holzarbeiter, nach diesen Vorgängen, unter keinen Umständen zugaben. Um nicht den ganzen Vorgang auf die Spitze zu treiben, wurde ermöglicht, die angefahrenen Gegenstände nach ihrem Ausgangsort zurückzubefördern, was dann auch versprochen wurde.

Die Schutzpolizei brachte nunmehr den Transport in die Kaserne in der Blücherstraße, und als auch hier wieder die Streikenden dagegen protestierten, wurden wiederum vier Holzarbeiter verhaftet und **mißhandelt**. Die Empörung der ganzen Arbeiterschaft wird durch diese Vorgänge ausgelöst, und Kutschern, die sich zu solchen Zwecken mißbrauchen lassen, müßte die Schamröte ins Gesicht steigen.

Wir möchten die Frage aufwerfen: „Ist die Schupo zum Schutz privatkapitalistischer Interessen bei wirtschaftlichen Kämpfen eingesetzt oder ist sie eine Einrichtung des Staates, die auch der Arbeiterklasse zur Verfügung steht?"

Es ist an dieser Stelle schon wiederholt auf Uebergriffe jener Leute hingewiesen worden. Nicht nur, daß sie einseitig die privatkapitalistischen Machtgelüste unterstützen, sondern sie leisten auch Arbeitswilligen-Dienste. Die **Holzarbeiterschaft protestiert auf das entschiedenste gegen solche Vorgänge** und glaubt nicht, daß der Berliner Polizeipräsident zu einem solchen Vorgehen seine Zustimmung gegeben hat und erwartet, daß nach dieser Richtung **hin sofort Abhilfe geschaffen wird.**

Welche Wirkungen durch das Vorgehen des Obermeisters Borsdorf auf die Streikenden ausgelöst werden, wird sich bei eventl. Wiederaufnahme der Arbeit zeigen, denn es besteht die Gefahr, daß durch solche Provokationen die Berliner Holzarbeiter selbst nach Beilegung des Konfliktes sich reiflich überlegen werden, ob mit jenen Leuten vom Schlage Borsdorf überhaupt noch Verbindungen aufzunehmen sind.

Zum Kampf der Holzarbeiter

Am 30. September nahmen die streikenden und arbeitslosen Holzarbeiter erneut Stellung zum Kampf in der Holzindustrie. Vor zirka 6000 Kollegen gab Kollege Woelk einen kurzen Rückblick auf die zurückliegende Kampfzeit und schilderte die Situation, die sich nach dem vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch ergeben hatte. Wieder waren die Parteien zusammengetreten, um die Streitobjekte aus dem Wege zu räumen, doch scheiterte dieser Versuch und mußte scheitern, da die kleine noch übriggebliebene Gruppe der Tischlermeister absolut und unter allen Umständen den Tischlern und Holzarbeitern Verschlechterungen aufzwingen wollen.

Am 25. September bemühte sich ein Vertreter des Landesarbeitsamts, erneut eine Verhandlung vor dem Reichsarbeitsministerium einzuleiten, wozu wir unsere Zustimmung gaben. Bosse, von der Streikleitung, nahm an dieser Besprechung teil, doch auch hier waren es die paar Arbeitgeber, die jede **Verständigung unmöglich machten.** Nun trat der Demobilmachungskommissar auf den Plan und stellte mit Zustimmung der Parteien ein freiwilliges Schiedsgericht zusammen, um endgültig den Kampf beizulegen. Schon 3 Tage wird über die strittigen Fragen verhandelt und kein Resultat erzielt. Jetzt wird der Demobilmachungskommissar ein Schiedsgericht von Amts wegen einsetzen, das am Montag, den 3. Oktober, einen Schiedsspruch fällen wird. Für uns als Holzarbeiter gibt es nur die eine Frage: hat der Reichsmantelvertrag auch seine Wirksamkeit für die kleine Gruppe der übriggebliebenen Tischlermeister Berlins oder nicht? Diese eine Frage ist zu beantworten. Der Kampf der Holzarbeiter zieht auch Produktionsstockungen anderer Industrien nach sich, und so ist es um so mehr an der Zeit, daß dieser Kampf beendet wird. Bei diesen letzten Verhandlungen vor dem Demobilmachungskommissar ist auch die Lohnfrage berührt worden, und wie blutiger Hohn klingt es, wenn den Holzarbeitern 6,90 Mark Stundenlohn für Durchschnittsarbeiter und 10 Prozent weniger für Mindestarbeiter geboten wird. Die Kollegen von Hamburg haben ohne Kampf 8,80 Mark erreicht und den Berlinern bietet man 2 Mark pro Stunde weniger. Boese teilte mit, daß der Lohn der zu Anfang des Kampfes gefordert wurde, nicht mehr den jeweiligen Verhältnissen entspricht und auf 9 Mark Mindest- und 9,50 Mark Durchschnittslohn durchgeführt werden muß. In der kommenden Woche werden erhöhte Extraunterstützungen an die im Kampf stehenden Kollegen ausgezahlt.

Von einer Diskussion wurde Abstand genommen und den **Maßnahmen der Streikleitung durch stürmische Zustimmung Anerkennung erteilt.** Nach Schluß der Versammlung ereigneten sich diverse Vorkommnisse, über die wir separat berichten werden.

An unsere Abonnenten!

Um unseren Zeitungsausträgerinnen die Arbeit zu erleichtern und um ihnen unnötige doppelte Wege zu ersparen, bitten wir unsere Abonnenten, das Abonnementsgeld für den laufenden Monat stets in den ersten Tagen des Monats zur Abholung bereitzuhalten. Durch dieses eigentlich selbstverständliche Entgegenkommen der Abonnenten wird die ununterbrochene pünktliche Weiterbelieferung am besten gewährleistet.

Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß alle „Freiheit"-Speditionen und Ausgabestellen Bestellungen auf Bücher, Broschüren, Inserate und kleine Anzeigen jederzeit entgegennehmen.

Beschwerden über unpünktliche Belieferung sind zuerst in der zuständigen Spedition anhängig zu machen. Sollte diese keine Abhilfe schaffen, so wende man sich direkt an den Verlag, Berlin C. 2, Breitestraße 8-9.

Gegen die Schlichtungsordnung

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung am 27. d. M. u. a. mit der Schlichtungsordnung, über die hier schon oft und eingehend gesprochen wurde. Die Versammelten sehen in der Schlichtungsordnung ein reines Antistreikgesetz, das nur zur weiteren Knebelung der Arbeiterschaft führt. Der A. D. G. B. wurde aufgefordert, gegen dieses Gesetz zu wirken und dessen Annahme zu vereiteln. Hoffentlich gelingts. — Die leidige Angelegenheit des Buchverkaufs vom verkauften Volkshaus wurde dahin erledigt, daß dem Gen. Reinsch, nach Darstellung des Sachverhalts, keine Schuld zugemessen werden kann und man zur Tagesordnung überging. Hierauf wurde die Aufstellung von acht Kandidaten nebst dazugehörenden Ersatzmännern zu den bevorstehenden Wahlen zum Vorstande der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Charlottenburg glatt vollzogen. Außerdem erging noch eine Aufforderung zur Propaganda für die Hausangestelltenversammlung in den Spichersälen am 6. Oktober.

Verschärfte Situation im Versicherungsgewerbe

Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen hat den Vergleichsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums vom 24. 9., die Gehaltssätze betr., abgelehnt. Das gleiche Resultat hatte eine Abstimmung unter den im Zentralverband der Angestellten organisierten Versicherungsangestellten ergeben. Die hierdurch entstandene gespannte Situation erfährt noch eine Verschärfung dadurch, daß jetzt der Arbeitgeberverband auch die allgemeinen Bestimmungen der Reichstarifverträge vom 3. 3. und 9. 4. d. J. zum 31. Dezember d. J. gekündigt hat. Diese Kündigung zeigt, daß der Arbeitgeberverband die Zeit für gekommen hält, an dem Rahmentarif Verschlechterungen vorzunehmen. Die Absicht wird an die ohnehin auf Kampf eingestellte Stimmung der Versicherungsangestellten sicher nicht beruhigend wirken. Sollten es die Arbeitgeber zum letzten Schritt kommen lassen, so sind die Angestellten infolge ihrer miserablen Gehaltsverhältnisse der Sympathie der weiten Oeffentlichkeit sicher.

Zimmerer Groß-Berlins!

Auf Grund der vielen Anfragen veröffentlichen wir hier einmal das letzte Lohnabkommen mit der Bitte, daß sich unsere Mitglieder diese Veröffentlichung aufheben.

Nachtrag. Zwischen dem Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin, E. V., und dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin und Umgegend, ist folgender Nachtrag zu dem Bezirkstarifvertrag vom 20. Juli 1920 vereinbart worden: I. Der § 4, Ziffer 1, erhält folgende Fassung: Der Stundenlohn beträgt für Zimmerer vom 26. September 1921 ab 9,20 M. Die im § 4, Ziffer 6 festgesetzte Werkzeugentschädigung beträgt 15 Pf. pro Stunde. Die übrigen Bestimmungen dieses Paragraphen bleiben unverändert. II. Durch vorstehende Lohnvereinbarung kommen alle Zulagen und Vergünstigungen in Fortfall, die außerhalb des Tarifvertrages und ohne Genehmigung der Schlichtungskommission bisher gewährt worden sind, soweit der Wochenbetrag dieser Zulagen den Betrag von 70,50 M. nicht übersteigt. In den Fällen, in denen der Wochenbetrag der Zulagen größer ist als der Wochenbetrag der Lohnerhöhung, soll in Zukunft nur der 70,50 M. übersteigende Betrag fortgezahlt werden.

Ferner ersuchen wir hierdurch dringend alle Vertrauensleute, die Urlaubslisten über alle diejenigen Kameraden, welche bis zum 30. September 1921 40 Wochen bei einer Firma beschäftigt sind, dem Vorstand bis spätestens 5. Oktober einzureichen.

Die Arbeiterfürsorge auf Bauten in Groß-Berlin

Der Berliner Polizeipräsident hat nach Anhörung des Vorstandes der Tiefbau- und der Nordöstlichen Bargewerksberufsgenossenschaft und unter Zustimmung des Magistrats folgende Verordnet: Der in § 9 der Polizeiverordnung vom 13. Februar 1913 bezeichnete Zeitraum für die Dichtung der Arbeitsräume auf Bauten wird auf die Zeit vom 1. Oktober bis zum 1. April festgesetzt. Gleichzeitig wird die Polizeiverordnung vom 13. Februar 1913 für den gesamten Bezirk der neuen Stadtgemeinde Berlin für gültig erklärt und insoweit die Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten in Potsdam vom 24. Dezember 1912 aufgehoben.

Sogenannte Fabrikanten. Unter dieser Spitzmarke brachten wir in Nr. 439 eine Einsendung des Fabrikarbeiterverbandes, sich mit den Betriebsverhältnissen der Firma Franz A[illegible], Charlottenburg, Calvinstraße 6, beschäftigte. Dazu erhalten wir jetzt eine Berichtigung, in der es unter anderem heißt: Der Betriebsrat ist alsbald gewählt worden, nachdem die Arbeiterzahl die erforderliche Höhe hatte. Ursprünglich beschäftigte Herr A[illegible] nur sieben Leute. Der fragliche **Verbandsvertreter** wurde von Herrn Aben **gewaltsam aus der Fabrik entfernt**, weil er sich Hausfriedensbruches schuldig gemacht und nach Mitteilung eines entschiedener Arbeiter versucht hatte, sie von der Arbeit abzuhalten. In der Fabrik des Herrn Aben werden ca. 25 Prozent der Arbeiter über Tarif bezahlt. Das Betriebsratsmitglied Leder wurde ohne Kündigung entlassen, weil es tätlich gegen eine Arbeiterin vorging und diese hierdurch in die Gefahr kam, in eine Maschine zu geraten. Da Leder schon zuvor sich unbotmäßig genommen hatte, war ihm gesagt worden: er sei der erste, der „fliege". Es wird in der Fabrik des Herrn Aben streng darauf geachtet, daß die Sicherungen an den Seifenpressen nie abgestellt sind. Entsprechende Anschläge befinden sich unmittelbar über den Pressen."

* * *

In unserer Mitteilung war zunächst nicht die Rede davon, daß obige Firma früher andere Produkte erzeugt hat. Des[illegible] übrigte sich der erste Teil der „Berichtigung". Die eigenen Betriebsverhältnisse dort werden dadurch gekennzeichnet, daß die Gewerbeinspektion an den Verband unterm [illegible] schrieb, daß die „Firma entsprechend belehrt wird" c[illegible] und, falls nicht Abhilfe erfolgt, anheimgestellt wird, „Strafanzeige § 99 d. G.) zu erstatten". Und in einer Betriebsversammlung vom 18. 9. wurde erst festgestellt, daß die Sicherungen an den Seifenpressen nicht benützt werden. Daß ein erfahrener Verbandsvertreter Hausfriedensbruch begeht, die Arbeiter von der Arbeit abhält und deshalb von Gentleman Aben gewaltsam entfernt wird, wie er ist so albern, daß jeder Kommentar sich darüber erübrigt.

Trennung von Staat und Kirche

Preußischer Landtag

Freitag, 30. September

Das Haus erledigt zunächst **kleine Anfragen. Abg. Kleinspehn** (U. Soz.) fragt an, **wer die Bestellung eines Salonwagens für Hindenburg zur Kyffhäuser-Feier veranlaßt hat und wer die Kosten trägt.** Ein Regierungsvertreter antwortet, daß nach dem Uebergang der preußischen Bahnen auf das Reich das Reichsverkehrsministerium zuständig sei und daß die preußische Staatsregierung keine Auskunft geben könne. (Gelächter links.)

Auf die Anfrage des Abg. **Müller-Breslau** (Soz.), was die Regierung gegen **den ergebnisfreundlichen Polizeipräsidenten von Breslau** zu unternehmen gedenke, wird regierungsseitig erklärt, daß der Polizeipräsident in den einstweiligen Ruhestand versetzt sei und daß dadurch sich eine weitere Stellungnahme erübrige. (Zuruf bei den Soz.: Er erhält aber Pension!)

Aussprache über die Milchversorgung

Abg. **Peters-Hochdonn** (Soz.): Die hohen Preise für Kälber haben dazu geführt, daß diese geschlachtet werden, und daß die Aufzucht von Milchkühen fast völlig unterbleibt. **Es ist Tatsache, daß unerhörte Mengen von Brotgetreide und Milch an das Vieh verfüttert werden.** Wer jetzt noch von einer Not der Landwirtschaft spricht, verhöhnt die Not der städtischen Arbeiterschaft. Gegen die frivolen Aufforderungen der Landbünde zum Lieferstreik muß von der Regierung mit aller Entschiedenheit vorgegangen werden.

Abg. Jürgensen (USP.)

Landarbeiterlöhne bis zu 30 000 M. jährlich, von denen die Abg. Deutsch sprach, gehören in das Reich der Fabel. Vielmehr läßt die Entlohnung der Landarbeiter noch sehr viel zu wünschen übrig. Sie hält sich in sehr vielen Fällen noch **bedeutend unter den abgeschlossenen Tarifverträgen.** Die ländlichen Wohnungsverhältnisse sind vielfach noch sehr unbefriedigend. Die Herstellung von Trockenmilch muß unterbleiben. Das Streikrecht lassen sich die Landarbeiter niemals nehmen. (Zuruf des Abg. Conrad (Dn.): **Dann dürfen Sie sich auch nicht über den Lieferstreik wundern! Gleiches Recht für alle!**) Ich stelle fest, daß ein Abg. der Rechten die Frechheit besessen hat, den Lieferstreik offen zu verteidigen. (Redner erhält einen Ordnungsruf.) Die Not erfordert schleunigste Abhilfe.

Ein Vertreter des **Staatskommissars für Volksernährung:** Die Reichsregierung erwägt Maßnahmen zur Steigerung der Milchproduktion. Hierzu sollen Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Erwägungen sind aber noch zu keinem Abschluß gelangt. Die Kommunalverbände müssen sich durch Lieferungsverträge die nötige Milch sichern. Es ist Vorsorge getroffen, daß die Milch möglichst nur für Zwecke der unmittelbaren Ernährung verwendet wird. Allerdings hat eine Trockenanstalt, die der Abg. Jürgensen anführte, die Genehmigung zur Verarbeitung von 20 000 Litern Milch erhalten. Diese Menge ist aber bereits wesentlich herabgesetzt worden. Durch Verordnung ist die Herstellung von Schlagsahne grundsätzlich verboten worden. Der Erlaß eines Verbotes der Herstellung künstlicher Schlagsahne steht bevor.

Abg. **Wilberg** (Dn.): Der Lieferstreik ist nur als ultimo ratio gedacht. (Gelächter links.)

Abg. Frau **Ege** (Soz.) beantragt in ihrem Schlußwort Ueberweisung der sozialdemokratischen Anträge an den Hauptausschuß.

Abg. Frau **Christmann** (U. Soz.): Die Abg. Frau Deutsch hat fortwährend von der Not der Landwirtschaft gesprochen. **Kennt sie nicht die Not der armen Mütter?** Landwirte haben offen erklärt, wenn wir nicht angemessene Preise erhalten, gießen wir die Milch lieber in den Straßengraben! Man darf nicht nur die Herstellung von Schlagsahne verbieten, sondern man muß auch dafür sorgen, daß das Verbot durchgeführt wird. **Die Anträge gehen an den Hauptausschuß.**

Es folgt die Beratung des Antrages **Braun und Gen.** (Soz.) **auf Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften.**

Abg. **König-Swinemünde** (Soz.): Die Reichsverfassung ist nun schon zwei Jahre in Kraft. Art. 138 bestimmt, daß baldigst die Grundsätze für die Ablösung aufgestellt werden sollen. Es ist an der Zeit, daß uns endlich eine entsprechende Vorlage zugeht. Bei der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche darf allein der Rechtsstandpunkt maßgebend sein. Je länger sie hinausgeschoben wird, desto schwieriger wird sie. Das Interesse der Religionsgesellschaften selbst macht sie notwendig.

Abg. Dr. **Kriege** (D. Vp.): Wir sind für den sozialdemokratischen Antrag, wenn in ihn hineingefügt wird, daß bei der Ablösung der Staatsleistungen auf die Lebensnotwendigkeit und die Bedeutung der Religionsgemeinschaften auf die Volksgemeinschaft Rücksicht genommen wird. — Abg. **Wildermann** (Ztr.): Es darf nicht übersehen werden, daß den Ausgaben des Staates für die Religionsgemeinschaften auch Leistungen ihrerseits gegenüberstehen. — Abg. **Koch-Oeynhausen** (Dn.): Eine Trennung von Staat und Kirche ist nicht möglich. Beide sind voneinander abhängig und aufeinander angewiesen. (Redner hält darauf eine wüste Schimpfrede gegen die Republik und die Sozialdemokraten.)

Abg. Kleinspehn (USP.)

Als Ende Juni vorigen Jahres der Landesversammlung die Vorlage zugegangen war, die die Verfassungsänderung der Kirche in den alten preußischen Provinzen regeln sollte, geschah diese Regelung unter Zustimmung aller Parteien des Hauses mit Ausnahme der U. S. P. Heute sehen wir nun, wie aus dieser Ursache immer mehr und mehr diejenigen Faktoren in der Kirche gestärkt werden, die gegen das staatliche Interesse von heute stehen und immer wieder versuchen, der Republik die größten Hindernisse zu bereiten. Die preußische Republik gibt, von diesem Standpunkt aus betrachtet, die Millionen, die sie heute für die Kirche aufwendet, ihrem allerschärfsten Gegner. Denn sie stärkt mit der Zuwendung dieser Mittel einen Feind, der mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln versucht,

die Republik zu bekämpfen,

an ihrer Vernichtung mitwirkt und der darauf ausgeht, so schnell wie möglich ihren Sturz herbeizuführen. Es kommt der Kirche nicht darauf an, daß sie die weitestgehende Möglichkeit hat, zu ihrer kirchlichen Betätigung das Wort Gottes zu verbreiten und die Instrumente zu verwalten. **Sie will eine bestimmte politische Staatsform, ein bestimmtes politisches System vorbereiten.** Deshalb empfinden wir es als Staatsbürger direkt als eine Unehrlichkeit, daß das Verhältnis von heute aufrechterhalten wird.

Bei der Betrachtung solcher Dinge zeigt sich immer wieder von neuem, und das muß gesagt werden, weil sonst nicht klar wird, warum wir eine derartige Stellung gegen die heutige Kirche einnehmen, **daß die Kirche von heute auf die Erhaltung einer bestimmten Wirtschaft, auf die Erhaltung des Kapitalismus eingestellt ist.** Das trifft nicht nur auf die evangelische, es trifft auch auf die katholische Kirche zu. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Da sehen wir gar keinen Unterschied, im Gegenteil, ich glaube, daß die katholische Kirche noch eine viel feiner angepaßte Organisation zur Erhaltung dieses Prinzips hat, denn sie weiß sich bei jedem Zeitwechsel immer mehr die zeitgemäßen Organisationen zu schaffen. Unsere Forderungen sind also nicht religionsfeindlich, sondern wir erheben Protest gegen die Tätigkeit der heutigen Kirche. Der heutige Staat muß unter allen Umständen das Religiöse vom Politischen trennen. Wir müssen dafür sorgen, **daß das kirchliche Leben**

vom staatlichen Leben vollständig geschieden wird,

denn nach der Umwälzung des Staates ist diese Trennung auch vollständig gegeben. Der preußische Staat ist heute ohne König, die Kirche ohne ihr bisheriges Oberhaupt, also auch in dieser Beziehung ist die Verbindung vollständig zerrissen. Diese beiden Organe sind auseinandergefallen, und ist es ganz folgerichtig, daß nun aus dieser geschichtlichen Tatsache auch rechtlich die Folge gezogen wird. Je kirchlicher sich ein Staatsregime in den letzten Jahren drapiert hat, desto unreligiöser ist es im Grunde gewesen. (Sehr wahr! links.) Ich brauche nur an das Horthy-Regiment in Ungarn zu erinnern.

Und ist es in der Ordnungszelle Bayern anders gewesen? Was haben wir da in den letzten Jahren alles erleben müssen. Ist der Mord an meinem Parteifreund Gareis nicht unter dem Regime kirchentreuer Männer vor sich gegangen? Unter der Herrschaft eines Kahr, eines Poehner und eines Dr. Roth? Waren die Männer, die den Mord propagiert haben, nicht vielleicht solche, die in ihrem täglichen Religionsunterricht gehört haben: **Du sollst nicht töten, du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst?** (Sehr wahr! bei der U. S. P.)

Wir wollen, daß die Kirche, die es nicht vermocht hat, religiöses Leben zu verinnerlichen, endlich einmal ausscheidet aus den öffentlichen Einrichtungen. Der Kirche ist es niemals möglich gewesen, religiöses Leben in größerem Umfange zu verinnerlichen. **Religion kann nur dann Tat werden und die Religion ist nur dann Zweck für die Allgemeinheit, wenn durch sie die Gemeinschaft und das Leben der Gemeinschaft etwas Lebendiges wird.** Solche Religion fordern wir und wollen wir auch haben. Eine solche Religion kann natürlich nur getragen sein von starken Persönlichkeiten, denen ist dann Religion persönliches Leben. Solche Persönlichkeiten können nur werden unter einer ganz anderen Arbeitsart, unter einer ganz anderen Arbeitsgemeinschaft, als wir sie heute haben, nur unter der Herrschaft des Sozialismus. (Lebhafter Beifall bei der U. S. P.)

Das Haus vertagt sich. — Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr: Weiterberatung. Kleine Vorlagen.

Eine sozialpolitische Tragikomödie

P. L. Zur selben Zeit als im Jahre 1911 eine, wenn auch nur äußerliche Zusammenlegung der Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherungsgesetze (Reichsversicherungsordnung) stattfand, wurde den Handlungsgehilfen, Technikern, Werkmeistern, Bureau-Angestellten usw. unter dem Namen „Versicherungsgesetz für Angestellte" eine neue besondere Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung beschert.

Diese Sonderversicherung war von den Angestellten keineswegs verlangt worden. Was sie wünschten, waren höhere Leistungen, nicht aber eine besondere Gesetzesform. Nicht nur die freien Angestelltengewerkschaften, sondern auch die bürgerlichen Angestelltenverbände waren gegen eine weitere organisatorische Zersplitterung der Sozialversicherung. Denn noch im Jahre 1907 beschlossen die Vertreter dieser bürgerlichen Verbände „einer weiteren Zersplitterung des Versicherungswesens vorzubeugen und den Bestrebungen der Regierung nach einer Vereinheitlichung der Organisation der Versicherungsgesetze nicht entgegenzuwirken. Darum wurde die Angliederung der Privatangestellten-Versicherung an die Arbeiterversicherung empfohlen, wobei daran gedacht wurde, die verwaltungstechnischen Einrichtungen dieser Versicherung für jene nutzbar zu machen. Durch die gemeinsame Benutzung desselben Verwaltungsapparates würden die Verwaltungskosten für beide Versicherungseinrichtungen erheblich vermindert und die eine könnte die Erfahrungen der anderen gleichmäßig verwerten. Auf dieser Grundlage erscheint die Lösung der schwierigen Frage verhältnismäßig am einfachsten erreichbar." (Bericht der Siebenerkommission an den Hauptausschuß, 1907.)

Die damalige Reichstagsmehrheit und die Regierung haben den Angestellten aber keine höheren Leistungen, dafür jedoch eine neue Versicherungsform gewährt, womit sich ein Teil der bürgerlichen Angestelltenführer abgefunden hatte. Nach Schaffung des besonderen Versicherungsgesetzes für Angestellte wurde offenbar, daß sich keine bestimmte Grenze dafür finden ließ, wer als versicherungspflichtiger Angestellter oder als versicherungspflichtiger Arbeiter zu gelten hat. Aus den Jahresberichten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (R. f. A.) geht hervor, daß sich diese fortdauernd krampfhaft bemüht, Richtlinien zu finden, die die endgültige Klarstellung der Frage bringen soll, wer der Angestelltenversicherungspflicht unterliegt. Die Poliere, das sind die Werkmeister im Baugewerbe, hatte man beispielsweise für die Zeit von 1913 bis 1917 in die Angestelltenversicherungspflicht einbezogen. Nach einem Schreiben vom 7. Februar 1917 sind die Poliere indes wieder aus der Angestelltenversicherung hinausgeworfen worden. So wie den Polieren geht es auch anderen Angestelltenberufsgruppen und vielen, vielen einzelnen Angestellten. Aus folgendem Beispiel mag der Leser ersehen, mit welchen Dingen sich die Gelehrten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ihre Zeit vertreiben und zu welchem Zwecke die Gelder der Angestelltenversicherung verwendet werden.

Nach den amtlichen Nachrichten der R. f. A. vom Mai 1921 hat das Direktorium der R. f. A. einen Lokomotiv-Aufseher, dem etwa zehn Lokomotiv-Führer und zwanzig Lokomotiv-Heizer unterstellt waren, als versicherungspflichtigen Werkmeister zur Beitragsleistung herangezogen. Die zuständige Landes-Versicherungs-Anstalt hatte sich ebenfalls dahin geäußert, daß der betreffende Lokomotiv-Aufseher angestelltenversicherungspflichtig sei. Weil aber der Unternehmer (ein großes Hüttenwerk) die Angestelltenversicherungsbeiträge nicht zahlen wollte, kam die Sache vor den Rentenausschuß der Angestelltenversicherung, der den Lokomotiv-Aufseher als einen Arbeiter bezeichnete, der nicht angestelltenversicherungspflichtig sei. Danach hat das Schiedsgericht der Angestelltenversicherung den Lokomotiv-Aufseher als einen versicherungspflichtigen Angestellten bezeichnet. Die später angerufene höchste Instanz der Angestelltenversicherung, nämlich das Oberschiedsgericht, hat ihn endgültig zum Arbeiter gestempelt. Und zwar ist die Frage, ob dieser Lokomotiv-Aufseher vom 1. Januar 1913 ab nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtig sei oder nicht, erst am 13. Oktober 1920 endgültig beantwortet worden. Es hat also beinahe acht Jahre gedauert, bis man diese

DEGEA Spar-Glühkörper 25 %
Hellstes Licht bei geringstem Gasverbrauch
Bestes Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft, Berlin O.17
Gas-Ersparnis

Montag, den 3. Oktober 1921
Dienstag, den 4. Oktober 1921
bleiben unsere Häuser
geschlossen
HERMANN TIETZ
LEIPZIGER STRASSE · ALEXANDERPLATZ · FRANKFURTER ALLEE

„Feuerhand"
die moderne Patentkarbidlampe, die kolossale Lichtersparnis durch außerordentlich geringen Karbidverbrauch
Bis 15. Oktober Preis m. Glocke 33.00 Mk.
Nach außerhalb gegen Einsendung v. 36.00 Mk. fr. Haus

Was sagen Sie zu der allgemeinen
Preissteigerung?
Alles ist teurer geworden — wir haben unsere Preise noch nicht erhöht. Die Verhältnisse zwingen uns selbstverständlich auf die Dauer ebenfalls dazu. Wir sind gezwungen, vom 15. Oktober ab den Preis unserer Patentkarbidlampe „Feuerhand" zu erhöhen.
Es liegt daher wirklich in Ihrem eigenen Interesse, falls Sie sich die kolossale Ersparnis nicht entgehen lassen wollen, uns sofort zu besuchen und noch vor dem 15. Oktober zu kaufen!
„Feuerhand" brennt mit 1 kg Karbid für 4,50 Mk. eine Woche in Stärke einer Gasflamme!
„Feuerhand" ist die moderne Patentkarbidlampe, zu Tausenden zur vollsten Zufriedenheit im Gebrauch!
Sie brauchen keine Gasrechnung mehr zu zahlen, der Vorteil für Sie ist außerordentlich groß! — Besichtigung und Vorführung ohne jeden Kaufzwang während unserer Geschäftszeit täglich von 9–7 Uhr.
Prima Karbid stets am Lager jetzt p. Kilo M. 4,50
Franz Borowicz
Metallwaren-Industrie
Berlin SO 26, Waldemarstr. 27
vorn parterre Geschäftszeit von 9–7
1 Minute vom Moritzplatz und Oranienplatz
1 Min. v. Görlitzer Bahnhof und Hermannplatz
Telephon: Moritzplatz Nr. 4675, 4676

Frage endgültig, und zwar falsch, beantwortet hat. Wer sich für verhältnismäßig billiges Geld amüsieren will, dem ist zu empfehlen, sich die amtlichen Nachrichten der R. f. A. zu kaufen, er wird darin öfter ähnliche Entscheidungen finden.

Das Direktorium der R. f. A. berichtet für das Jahr 1920, daß es 3362 Beamte habe, wozu noch die Beamten des Rentenausschusses, des Schiedsgerichts und des Oberschiedsgerichts kommen. Im selben Jahresbericht wird außerdem mitgeteilt, daß man sich ein Haus baue, das nur 1500 Beamte umfasse, weil man in Zukunft mit dieser Zahl auskommen werde. Gegenwärtig ist der Verwaltungsapparat der Angestelltenversicherung nämlich so großartig organisiert, daß man rund 2500 Beamte in Zukunft entbehren zu können hofft.

Bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte liefen Ende 1920 folgende Renten:

1081 Ruhegeld-Renten, die einen Jahresaufwand von	217 527 M.,
164 Krankenruhegelder, die einen Jahresaufwand von	23 256 M.,
11 322 Hinterbliebenen-Renten, die einen Jahresaufwand von	1 098 962 M.,
und 773 Leibrenten für weibliche Angestellte, die einen Jahresaufwand von	8 501 M.,

erfordern. Man teile diese Jahresrentensummen durch die Zahl der Rentner, dann wird man ersehen, wie lächerlich geringfügig diese Renten waren, zu denen im Sommer 1921 der Reichstag Zuschläge beschlossen hat. Dagegen betrugen die Verwaltungskosten im Jahre 1920 nach dem Geschäftsbericht 56 Millionen Mark; in Wahrheit sind es noch mehr.

Die Angestellten verlangen die Beseitigung dieses überflüssigen Verwaltungs-Apparates und die Eingliederung in die allgemeine Versicherung. Der Reichstag sollte sich dem nicht entziehen und der sündhaften Verschleuderung von Angestelltengeldern durch die R. f. A. ein Ende machen.

Keine Sozialisierung der Kaliindustrie

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages fand am Freitag die zweite Lesung des Entwurfes über die Aenderung der Durchführungsbestimmungen des Gesetzes über die Kaliwirtschaft statt. Ein rechtssozialistischer Antrag forderte, daß bei Errichtung neuer Schächte, wie sie im Gesetzentwurf für Baden, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und Preußen vorgesehen sind, die Anteile der neuen Werke sich mindestens zur Hälfte im Besitze des Landes oder des Reiches befinden. Die Vertreter der Einzelstaaten widersprechen der beabsichtigten staatlichen Beteiligung. Bei der Finanznot könnten die Länder das Risiko nicht übernehmen. — Abg. Läßler (Soz.) und Dr. Hertz (U.S.) traten diesen Ausführungen entgegen. Auch die Privatkapitalisten bauen keine Schächte, wenn sie nichts daran verdienen. Nach weiterer Debatte betonte Vorsitzender Abg. Simon (U.S.), daß die Spekulationswut der Kaliindustrie ihren Zusammenbruch herbeigeführt habe und kritisierte, daß von den Gegnern des staatlichen Eingriffes staatliche Maßnahmen zum Schutze der Industrie im Gesetzentwurf verlangt wurden, während man sich gegen die Beteiligung der Allgemeinheit am Erträgnis dieses Eingriffs sträube. — Staatssekretär Dr. Hirsch erklärte, namens seines Ministeriums, die Zustimmung zum Antrag Janschek. Den Bedenken, die den Antragstellern vorschwebten und den Gründen, die von anderer Seite und besonders auch von den Vertretern der Länder angeführt werden, könne wohl am besten dadurch begegnet werden, daß nicht nur die Beteiligung des Reiches oder der Länder, sondern auch gemeinwirtschaftlicher Körperschaften vorgesehen wird. Eine solche Lösung liege im Interesse der Volkswirtschaft insgesamt und insbesondere auch der Landwirtschaft. — In der darauf folgenden Abstimmung wurde der Antrag der SPD. abgelehnt, dagegen ein Kompromißantrag Dr. Fischer-Köln (Dem.) angenommen, der die Errichtung der Schächte an die Bedingung knüpft, daß die Anteile der neuen Werke sich mindestens zu einem Viertel im Besitze des Landes oder des Reiches oder gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen befinden. Die Annahme erfolgte mit 14 gegen 13 Stimmen. Der Ausschuß stimmte sodann noch einem Antrage Schlack (Ztr.) zu, daß die Beteiligung auf Verlangen auf 50 Prozent zu erhöhen sei. Der Gesetzentwurf über die Kaliwirtschaft wurde schließlich gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten in zweiter Lesung angenommen, nachdem Abg. Dr. Hertz erklärt hatte, daß seine Fraktion sich vorbehalte, die Sache im Plenum des Reichstages zur Verhandlung zu bringen.

Schlechte Aussichten für Monarchisten

Universitätsprofessor Dr. Reinke in Kiel veröffentlicht im toten „Tag" einen Artikel über die aussichtslosen Bestrebungen zur Wiedereinführung der Monarchie: Der Professor schreibt:

„Wo könnte gegenwärtig die monarchistische Restitution einsetzen? Bei der obersten Spitze, also als deutsches Kaisertum, gewiß nicht; es ist schon niemand da, den das deutsche Volk zum Kaiser küren würde. Bei Preußen? Der König von Preußen hat seinem Volk die Treue gebrochen, als er es im Augenblick höchster Gefahr verließ und über die Grenze eines neutralen Staates entwich; Gründe der äußeren wie der inneren Politik machen seine Rückkehr auf den Thron undenkbar . . .

Verblüffend waren mir mitunter die Antworten, die ich von Monarchisten auf die Frage erhielt, warum sie unter den heutigen Umständen die Herstellung der Monarchie forderten: **weil sie die schönen Hoffeste schmerzlich vermißten — weil ihre Söhne viel bessere Chancen des Fortkommens gehabt hätten — weil sie hofften, daß die Valuta dann rapide steigen werde und dergleichen mehr.** Man kann sich des Lächelns ob solcher Naivität nicht erwehren."

Herr Professor Reinke stellt sich auf Grund seiner aus dem Zusammenbruch gewonnenen Anschauungen auf den Boden der Republik. Die rechtsstehende Presse ist darüber ins Toben geraten, sie bezweifelt, ob ein solcher Mann geeignet sei, als Erzieher der akademischen „Jugend". Die erforderliche Eignung dazu haben nach Ansicht der deutschnationalen Presse anscheinend nur die Professoren, die noch heute vor jedem Gamaschenknopf stramm stehen und gerne sterben würden, wenn sie nur noch einmal den Stiefel Wilhelm Hohenzollerns küssen könnten.

Eisenbahnerstreik in Irland. Infolge des Generalstreiks auf den Linien der Great Southern and Western Railway sind alle Verbindungen Irlands mit dem Süden abgeschnitten.

Jugendbewegung

Jugend und Gewerkschaft

Die Gewerkschaften spielen in der Arbeiterbewegung eine sehr wesentliche Rolle. Während es Aufgabe der sozialistischen Parteien ist, für die Verwirklichung des Sozialismus zu kämpfen und die staatsbürgerlichen Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, fällt den Gewerkschaften die Pflicht zu, für die wirtschaftlichen Interessen des Proletariats einzutreten. Dabei fallen häufig genug die Aufgaben der politischen und der gewerkschaftlichen Organisationen zusammen. Auch die freien Gewerkschaften haben als Ziel den Sozialismus. Aber sie müssen ihre ganze Taktik auf Gegenwartspolitik einstellen, um gegen die Verelendungserscheinungen des Kapitalismus anzukämpfen und so die Grundlagen und Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen.

Alle politischen Parteien erkennen die Wichtigkeit der Gewerkschaften an. Sie versuchen die Führung in ihnen an sich zu reißen. Aber höher als jedes parteipolitische Interesse steht die Einheit der Gewerkschaften und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Darum ist man sich trotz aller großen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der U. S. P. D. und der S. P. D. darüber klar, daß sie auf alle Fälle aufrechterhalten bleiben muß. Die Genossen dieser Parteien kämpfen gemeinsam gegen die Bestrebungen sowohl von seiten der Unternehmer als auch der Kommunisten, die sich eine eigene Gewerkschaftsinternationale zugelegt haben, diese Einheit zu zertrümmern.

Auch wir als Jugendliche müssen die Einheit der Gewerkschaften unbedingt aufrechterhalten. Aber wir haben die Pflicht, uns in ihnen zu betätigen, damit weit mehr für den Jugendschutz getan wird, als es bisher geschehen ist. Gerade die Jugend ist es, die der profitgierige Unternehmer mit Vorliebe einspannt, um sie auf die brutalste Weise auszubeuten. Denn die Jugendlichen sind für die geistestötende Maschinenarbeit am besten zu gebrauchen. Sie sind noch unverbraucht, sie können noch schaffen und leisten darum oft mehr — besonders in der Massenproduktion — als mancher alte Arbeiter. Trotz ihrer Leistungen aber werden die jugendlichen Kräfte am jämmerlichsten entlohnt. Den Hauptgewinn steckt der Unternehmer in die Tasche.

Am schlimmsten aber ist die Ausbeutung der Jugendlichen während der sogenannten Lehrzeit. Der Verdienst des Lehrlings ist so gering, daß er von ihm unmöglich leben kann. Der Unternehmer jedoch hat eine billige Arbeitskraft, die er sich möglichst lange erhalten will. Darum schließt er vierjährige Lehrverträge ab, obgleich die meisten Berufe mühelos in zwei bis drei Jahren erlernt werden können.

Hier ist eine der zahlreichen Aufgaben aufgezeigt, für die die Jugendabteilungen der Gewerkschaften einzutreten haben. Die anderen, die vielleicht ein anderes Mal behandelt werden, sind nicht minder wichtig.

Aber um die Gewerkschaften für die Forderungen der Jugend zu interessieren, ist es naturgemäß notwendig, in die Gewerkschaften hineinzugehen und dort in unserem Sinne zu wirken.

Zehntausende jugendlicher Arbeiter sind gewerkschaftlich organisiert, haben aber noch nicht den Weg zur politischen Jugendorganisation gefunden. Hier winkt allen unseren Jugendgenossinnen und Jugendgenossen ein reiches Betätigungsfeld. Es darf kein Mitglied der S. P. J. geben, das nicht auch in einer freien Gewerkschaft organisiert ist.

Heinz Marquart.

An alle Referenten der USPD.!

Die Jugendorganisation hat in Berlin einen Aufschwung genommen, wie wir es in der Kürze der Zeit nicht erwartet haben. Ueberall sind neue Gruppen der Soz. Proletarier-Jugend entstanden. Die Aufklärungs- und Bildungsarbeit der neuen Mitkämpfer ist unsere wichtigste Tätigkeit. Es fehlt an Kräften, und wir wenden uns an Euch, Parteigenossinnen und Parteigenossen. Jeder, der in der Lage ist, unsere Gruppen durch Vorträge zu unterstützen, sende seine Adresse sowie Angabe der Spezialthemen an die Zentrale Berlin der Soz. Proletarier-Jugend, C. 2, Breite Straße 8/9. Eine Benachrichtigung erfolgt in jedem Falle rechtzeitig.

Sozialistische Proletarier-Jugend, Zentrale Berlin.

Arbeitersport

A. S. B. Am Sonntag hat die Freie Turnerschaft Neukölln-Britz in der Sternallee in Neukölln den Sportverein Borussia zu Gaste. Spielanfang 3½ Uhr. Vorher 1. Mannschaft. Fahrverbindung: Straßenbahn 47, 48, Südring, 7, 15 oder Stadtbahn bis Ringbahnhof Neukölln.

Parteiveranstaltungen

Berlin-Mitte. Parteigenossen und Freiheitleser macht eure schulentlassenen Söhne und Töchter auf die Veranstaltungen der Sozialistischen Proletarierjugend aufmerksam. — Unsere Schulentlassungsfeier findet am Sonntag, den 2. Oktober, in der Aula des Humboldt-Gymnasiums, Gartenstraße Ecke Invalidenstraße, statt. Anfang 6 Uhr. Saalöffnung 5 Uhr.

Sonnabend, 1. Oktober

3. Verwaltungsbezirk. 4. Distrikt. Abends 7 Uhr Flugblattausgabe. 1. Abteilung Steinmetzstr. 39 bei Seiler; 2. Abteilung Lützowstr. 7 im Bezirksbüro.

4. Verwaltungsbezirk. Versammlungsplakate abholen bei Hoffmann, [illegible] Straße 8.

5. Verwaltungsbezirk. 17. Distrikt. Heute abend Materialausgabe bei Wittschek.

19. Verwaltungsbezirk. Sämtliche Abteilungen sowie Gruppen haben ihre Flugblätter sofort aus der Spedition Pankow abzuholen.

2. Distrikt (Berlin-Mitte). Abteilungsführer Flugblätter von den bekannten Speditionen abholen.

2. Distrikt (Berlin-Mitte), 3. Abt. Die Gruppenführer holen die Flugblätter von 5 Uhr an bei Wiese ab.

7. Distrikt. Die Genossen werden ersucht, die Schulentlassungsfeier durch ihren Besuch zu unterstützen. Die Billette müssen bis heute eingerechnet werden, da sie sonst als verkauft gelten. Die Feier findet im Humboldtgymnasium, Gartenstraße, statt.

11. Distrikt. Abteilungsführer nehmen heute Flugblätter beim Genossen Werner in Empfang.

Schöneberg-Friedenau. Flugblätter sind nachmittags bei Prim, Roßbach-, Ecke Ebersstraße abzuholen. Die Kleber treffen sich um 7½ Uhr [illegible].

Adlershof. Abends 7½ Uhr Zusammenkunft aller Helfer zur Flugblattverteilung bei Kraft für den [illegible]; bei Bewall für den [illegible]. Materialausgabe.

Sonntag, 2. Oktober

15. Verwaltungsbezirk, Abt. Baumschulenweg. Vorm. 9 Uhr wichtige Flugblattverbreitung von Lokal Koch, Baumschulenstraße, aus.

U. S. P. D. und 1. Distrikt. Die Gruppe Moabit der Soz. Proletarier-Jugend beteiligt sich an der Schulentlassungsfeier der Gruppe Wedding in der Schule Tanker Str. 18/19. Anfang 6 Uhr. Parteigenossen, schickt Eure schulentlassenen Knaben und Mädchen und kommt selbst zu dieser Veranstaltung.

Köpenick. Außer der Flugblattverbreitung findet an der am Mittwoch, den 5. Oktober, stattfindenden Versammlung eine Handzettelverbreitung um 8½ Uhr von den bekannten Stellen statt.

Geschäftliches

Bei den heute auf allen Gebieten in Kraft tretenden Preiserhöhungen lenken unsere Leser auf das Inserat der Fa. Franz Warmick in der vorliegenden Nummer unseres Blattes hingewiesen, in welchem die Firma ihre Petroleum-Glühlampe „Sparflamme" noch bis zum 15. Oktober ohne Preisaufschlag anbietet. Näheres siehe Inserat.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Ziebisch, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Kubner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8/9.

Trotz Preissteigerung, alte Preise!

Sakko-Anzüge beste Verarbeitung, a. Cheviot, Kammgarn, mit u. ohne Umschlaghose, auf Leinen u. Roßhaar M. 375,–, 480,–, 550,–, 650,– 750,–, 850,–, 950,–

Ulster, Raglan- u. Schlupfer-Form, a. modisch. Stoffen, in den neuesten Farben, beste Verarbeitung M. 490,—, 580,—, 675,—, 915,—, 1050,—

M. Schulmeister

Kottbuser Tor Herren- u. Knaben-Konfektionshaus

NOTGELDSCHEINE

[illegible]

Cobu

Fordern Sie „Cobu" Cocos-Pflanzen-Butter-MARGARINE

Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F. A. JSSERSTEDT A. G
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf

Generalvertretung:
FRANZ JOS. GFRÜRER, Berlin W 50
Ansbacher Str. 56 . Fernsprecher: Steinplatz 4840

Möbel
zu bedeutend herabgesetzt. Preisen
auf Teilzahlung
Kleinste An- u. Abzahlung
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Filiale Badstr. 47-48
5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Bettfedern
[illegible]

Zum Süßen
oder Bereiten von Speisen aller Art verwendet die Hausfrau vorteilhaft statt Zucker den altbewährten Süßstoff. Er ist rein ohne Beigeschmack, süßt augenblicklich, ist billig und bekömmlich. Da stark konzentriert, sparsam verwenden. Auf Geschmack achten.
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken.

Pickel, Sommersprossen,
Hautunreinigkeiten usw. werden schmerzlos, unmerkbar für die Umgebung, abgeschält durch echte Vater-Philipp-Schälkur, danach kommt annutige junge, zarte Haut zum Vorschein, à 5 Mk. vom Laboratorium, Dresden-Zschachwitz 141, in Berlin erhältlich in der Elefantenapotheke, Leipziger Str. und Drogerien Bastianstr. 2, Fehmarnstr. 3, Schuckendorfer Str. 119, Charlottenstraße 76, Pankow, Prinzstr. 4.

Damenmäntel
Einzelverkauf zu Engros-Preisen
Eigene Herstellung — Kein Zwischenhandel
Wintermäntel solide Stoffe 150–250
Plüschmäntel reine Wolle 400–550
Hugo Sommerfeldt
Niederwallstr. 22, Hof part. rechts

Brillanten
Gold, Silber (Bruch)
Platin, Zahngebisse
Zahn 10 bis 150 M.
Prismen, Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 34

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzpl. 58a
Jackett-Anzüge, Cutaways, Ulster teils auf Seide, jetzt 350–500 Mk. Damen-Kostüme, -Mäntel, Teppiche, Wäsche, Gardinen, enorm billig! Pelzwaren 60 pCt. billiger. [illegible]